

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Plenums, Redaktions- und Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte bedruckte Blatt 25 Pfennig (zuletzt 20 Pfennig), jedes weitere Blatt 12 Pfennig, Stellungsblätter das erste Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig, Blätter über 15 Hochdruckjahre für zwei Worte, Reichsmark Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen im Abonnement Seite 40 Pfennig, Einzelaufnahme im Hauptgeschäft Linienstraße 2, wochentags, von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 17, Berlin SW 68.

## Panzerschiff-Krise?

Entscheidung wahrscheinlich schon am Freitag.

Nach der Entwicklung der letzten Tage ist auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Meinung, daß es unwahrscheinlich wäre, erst über die Außenpolitik zu reden, solange nicht die Panzerschiff-Frage entschieden ist. Nach Abschluß der Debatte über die große Aussperrung wird also sofort der sozialdemokratische Antrag zur Beratung kommen, den Bau des Panzerschiffes A einzustellen.

Gestern vormittag war der Reichkanzler, Genosse Hermann Müller, beim Reichspräsidenten, mittags hatte er eine Unterredung mit dem Reichswehrminister Groener. Ueber diese beiden Besprechungen hat der Reichkanzler mit einem engen Kreis von Politikern gesprochen, und über das, was er berichtet hat, ist auch schon in verschiedenen Zeitungen teils Wahres, teils Falsches erzählt worden. Richtig ist, daß sich der Reichspräsident mit sehr großer Entschiedenheit für den Bau des Schiffes eingesetzt hat, und daß Herr Groener angekündigt hat, er werde unwiderruflich zurücktreten, falls der sozialdemokratische Antrag eine Mehrheit finde. Falsch ist — wie noch manches andere — die Behauptung, der Reichswehrminister habe auf den Reichkanzler einen Druck auszuüben versucht durch die Drohung, daß er auch dann zurücktreten werde, wenn der Reichkanzler mit seiner Fraktion, also gegen das Panzerschiff stimme. Vielleicht ist dieses Gerücht darauf zurückzuführen, daß man in bürgerlichen Parteikreisen eine Krisengefahr sieht, wenn die Kabinettsmitglieder bei der entscheidenden Abstimmung gegeneinander stimmen.

Eine gewisse Verschärfung der Lage ist auch durch das Bekanntwerden der Nachricht entstanden, daß der Reichswehrminister bereits Aufträge im Betrag von 32,3 Millionen Mark vergeben hat. Der Reichswehrminister rechtfertigt sein Verhalten mit dem § 24 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung, der besagt: „Verträge ... dürfen endgültig erst abgeschlossen werden, nach dem erstmals die Mittel zur Deckung der aus ihnen dem Reiche erscheidenden Ausgaben durch den Haushaltsplan bewilligt worden sind.“

Formaljuristisch mag der Reichswehrminister durch diesen Paragraphen gedeckt sein. Politisch betrachtet sieht jedoch die Sache anders aus. Die erstmalige Bewilligung der Mittel ist in diesem Fall durch einen Reichstag erfolgt, der nicht mehr existiert, und die größte, im Wahlkampf siegreiche Fraktion des Reichstags hat einen Versuch unternommen, diesen Beschluß des alten Reichstags durch den neuen wieder aufzuheben zu lassen. Diesen Versuch wird die sozialdemokratische Fraktion entschieden fortsetzen, und sie wird alles tun, was in ihren Kräften steht, um ihn zum Erfolg zu führen. Die vorzeitig vergebenen Aufträge können dabei kein Hindernis sein. Sie müssen eben rückgängig gemacht werden, wenn der Reichstag die Einstellung des Baues beschließt.

Wie stehen die Aussichten des sozialdemokratischen Antrags? Seit gestern wird mit Hochdruck gearbeitet, um alle bürgerlichen Parteien auf den Standpunkt des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers zu bringen. Sollte diese Arbeit Erfolg haben, dann würde die Sozialdemokratie in der Minderheit bleiben. Auf der anderen Seite steht fest, daß auch bei den bürgerlichen Wählern, von den ganz rechtsgerichteten Kreisen abgesehen, sich mehr Abneigung gegen als Begeisterung für das Panzerschiff zeigt.

Das Panzerschiff ist eine Erbschaft Geßlers und des Bürgerblocks. Groener und das Zentrum haben geglaubt, diese Erbschaft übernehmen zu müssen. Auch für sie — zum mindesten für das Zentrum — handelt es sich dabei um eine als lästig empfundene Verpflichtung, und vielleicht gerade deshalb herrscht bei ihnen eine gewisse Gereiztheit gegenüber der Sozialdemokratie, die diese Verpflichtung nicht übernehmen will. Dabei wird vergessen, daß die andere Seite nur fortsetzt, was sie schon begonnen hat, während der Sozialdemokratie die Preisgabe ihres bisherigen Standpunktes zugemutet wird. Diese Zumutung lehnt die Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf die sich etwa daraus ergebenden Konsequenzen ab.

Die vernünftigste Lösung aller Schwierigkeiten würde darin bestehen, daß jeder Abgeordnete und Minister einfach nach seiner Ueberzeugung stimmt und daß sich dann alle der Entscheidung des Reichstags fügen. Diese Lösung wäre schon deshalb richtig, weil man eben mit Krisenlösungen die Sozialdemokratie von ihrer Haltung nicht abbringen kann. Es ist nicht unsere Sache, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was werden soll, wenn mit diesen Drohungen Ernst gemacht wird. Wenn der Reichswehrminister geht und wenn — wie behauptet wird — dann das gegenwärtige Kabinett zu Fall gebracht wird, werden die Urheber der Krise für die Neuordnung der Dinge sorgen müssen. Dann wird sich zeigen, ob man in diesem Reichstag gegen die 153 Sozialdemokraten regieren kann oder ob man vielleicht dem Volke selbst die letzte Entscheidung zu-

schieben will. Diese Entscheidung durch Auflösung und Neuwahlen anzunehmen, ist die Sozialdemokratie jederzeit gerne bereit.

Der Sozialdemokratie wird man durch Entfesselung einer Krise ganz gewiß keinen Schaden tun. Ob man dadurch dem Reich Nutzen oder das Gegenteil davon bringt, das zu überlegen ist die Sache derer, die mit der Krise spielen.

Für die Sozialdemokratie besteht zu Ausgereiztheit kein Grund. Sie tritt in die kommenden Tage, die vielleicht stürmisch werden können, mit Ruhe und Festigkeit ein.

Heute vormittag hat das Reichskabinett Sitzung. Am Abend nach dem Plenum berät die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

BTB. erläßt folgende Erklärung:

Zu den Pressemitteilungen über die Vergebung der Arbeiten für das Panzerschiff wird folgendes bekanntgegeben: Die durch den Haushalt 1928 verfügbaren Etatsmittel von 9,3 Millionen sind im Augenblick bis zur Höhe von 6 Millionen verausgabt. Die Genehmigung der ersten Bauarbeiten der Marineleitung die Verpflichtung auf, über die Vergebung des Gesamtobjekts zu verhandeln und die größeren Teile zu vergeben, wozu sie nach § 24 der Reichshaushaltsordnung ermächtigt und aus wirtschaftlichen Gründen verpflichtet war. Die hieraus sich ergebenden Bindungen belaufen sich einschließlich der bereits verausgabten 6 Millionen auf 32,3 Millionen, die erst mit Bewilligung der einzelnen Jahresraten in den folgenden Haushaltsjahren fällig werden.“

# Abrechnung mit den Scharfmachern

## Genosse Brandes spricht über den Ruhrkonflikt.

Der Reichstag lehnte am Dienstag die Ruhr-Aussperrungsdebatte fort.

Eingegangen ist mit dem gestrigen Datum der Jahrsfeier Deutschösterreich ein Antrag der Demokraten, allen im Reich wohnenden Bürgern Deutschösterreichs das reichsdeutsche Wahlrecht zu gewähren sowie der Gesetzesentwurf des Reichsinnenministers Seeberg auf Vereinfachung des Wahlrechts mit Preußen.

Erster Redner des zweiten Tages der Aussperrungsdebatte ist

### Abg. Brandes (Soz.):

Der kommunistische Abg. Florin hat gestern eine solche Fülle falscher Behauptungen gegen die Gewerkschaften, gegen meine Parteifreunde und über die ganze Situation ausgesprochen, daß ich meine Redezeit aufbrauchen würde, wollte ich alle diese Unwahrheiten widerlegen. Das werden Sie mir nicht zumuten. (Allgemeine Zustimmung.) Ich würde dadurch auch den Aussperrten, um deren Wohl und Wehe es geht, keinen Dienst erweisen. Im Gegenteil! (Sehr richtig.) Die Aussperrten werden schließlich selbst zu entscheiden haben, ob es zu verantworten ist, daß in diesem schweren Kampf der Gewerkschaften gegen einen fanatischen Gegner die Unternehmer unterstützt werden durch das Vorgehen der kommunistischen Partei. (Beif. Zustimmung v. d. Soz.-Unruhe bei den Komm.) Arbeiten Sie (zu den Komm.) nur ruhig so weiter, dann wird sich der Prozeß fortziehen, den wir ja feststellen können. Sie sind heute schon die Partei der Indifferenten und der Berärgerten und haben bei ersten Leuten ausgespielt. (Geschrei der Komm.) Nun zur Sache!

Die Erregung über diesen rücksichtslosen Angriff der Unternehmer erinnert an die Rosenbergtage vor 10 Jahren. Damals hat die Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiter zum Aufstieg geführt. Es ist unerträglich für einen Rechtsstaat, daß eine Handvoll Leute hunderttausende, ja Millionen brotlos machen kann — nur deswegen, weil der Staat Frieden stiften wollte auf Grund der Geheiß, wobei die Forderungen der Arbeiter nur zu geringem Teil bewilligt worden sind. In dem größten deutschen Industriegebiet herrscht deswegen eine Kampf Stimmung wie 1923/24. Die Gesamtwirtschaft ist auf das schwerste erschüttert und der Reichstag ist verpfändet eingezugreifen.

Die Lohnaufbesserung durch den Schiedsspruch bleibt erheblich zurück hinter den Forderungen der Gewerkschaften und diese Löhne gelten bis 30. März 1929. Es war nicht leicht für die Gewerkschaften, diesem Schiedsspruch zuzustimmen. Die Unternehmer oder antworteten, indem sie das Reich durch die Mißachtung der Verbindlichkeitsklärung verhöhnten. (Sehr wahr!) Die Unternehmer wollen den Schlichtungsweisen mit allen anderen sozialpolitischen Einrich-

tungen zertrümmern, dazu haben sie schon 50-Millionen-Fonds errichtet.

Hunderte Male sind Schiedssprüche vom Schlichter allein gefällt worden — niemals haben die Unternehmer dagegen protestiert. Die Akkordhöherungen sind früher auf Verlangen der Unternehmer in die Schiedssprüche hineingekommen, jetzt wollen sie daraus die Rechtsunwirksamkeit ableiten!

Dieser Schiedsspruch ist geradezu eine Kopie vieler anderer, gegen die die Unternehmer niemals Einspruch erhoben haben. Das gestrige Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts wundert einen nicht, wenn man weiß, daß 55 Prozent aller Schiedssprüche nicht für verbindlich erklärt werden konnten, weil sie grobe Formfehler enthielten. Warum sind die Unternehmer nicht an das für den Sitz ihres Verbandes zuständige Arbeitsgericht in Düsseldorf gegangen, sondern nach Duisburg? (Beif. Zustimmung.) Vielleicht weil dieser Vorfall in einem Kampf der Binnenarbeiter eine extreme gewerkschaftsfeindliche Haltung eingenommen hat? (Hört, hört!) Derselbe Richter hat, nicht in der Verhandlung, aber nachher in der Presse eine Urteilsbegründung gegeben, in der ganze Stellen aus den Darlegungen der Unternehmer entnommen sind. (Hört, hört!) Der Richter sagt, es sei gerichtsbeamtet, daß der Schiedsspruch nur vom Schlichter allein gefällt worden sei; die Schlichtungsberatung ist doch geheim, jene Behauptung kann nur durch Bruch der Vertraulichkeit entstanden sein und das nennt er gerichtsbeamtet! (Sehr gut.)

Wir müssen befürchten, daß dieser Richter Tatsachen unrichtig feststellt hat. In diesem Falle müßten wir das Landesarbeitsgericht anrufen, denn das Reichsarbeitsgericht ist nur Revisionsinstanz; sollten Tatsachen falsch festgestellt sein, so müßten wir auf Verantragung der Sprungrevision verzichten.

Die Unternehmer haben den Kampf gewollt, Beispiele dazu hat es genug gegeben, so in dem bekannten Hagener Fall. Wir sind zur Verhandlung bereit, aber nur unter Anerkennung des Schiedsspruchs, denn wozu würde es führen, wenn die Arbeiter sehen müßten, daß nur zu ihrem Nachteil Schiedssprüche mit Erlaß für verbindlich erklärt werden, aber nicht, wenn die Unternehmer es verbieten.

Auch nach dem Schiedsspruch bleiben die Löhne noch unter denen in zahlreichen anderen deutschen Unternehmen. Dazu kommt die Rationalisierung, deren Erlöse sich darin ausdrücken, daß immer noch rund 60000 Arbeiter 60 Stunden in der Woche arbeiten, 75000 noch 57 Stunden, 90000 noch 54 Stunden, 84000 noch 56 Stunden und nur 19000 bloß 48 Stunden in der Woche, jedoch auch diese nur zwei Wochen lang, während in der dritten Woche eine Schicht dazu kommt! (Hört, hört!) Es wäre doch traurig, wenn eine so hoch rationalisierte Industrie diese Vorkühnheit nicht ertragen könnte. Was die geringe Erhöhung der Akkordlöhne anbetrifft, so beträgt sie in drei Vierteln aller in Frage kommenden Werte nur 2 Pf., bloß bei einem bescheidenen Teil 6 Pf. Die Lohnsteigerung erhöht die Produktionskosten nur zwischen 1/2 und 2 Proz., in wenigen Fällen um 2 1/2 Proz. Das soll untragbar sein. Als aber der Kampffonds geschlossen wurde und sich dagegen eine gewisse Opposition zeigte, erklärte Herr Bönsgen den Opponenten, es handle sich doch nur um 2 1/2 Proz. der Lohnsumme!

Für Kampfbeiträge ist das Geld da, aber wenn es um den Menschen geht und um seine Kultur, dann sind diese 2 1/2 Proz. Erhöhung untragbar!

(Hört, hört!) Wir haben keine genauen Unterlagen dafür, wie die Lohnsteigerung auf die Preise wirken würde. Darüber gibt es nur Verhältniszahlen aus verschiedenen Zeiten, die sich schlecht miteinander vergleichen lassen. Unser Vorkühn, exaktes Material darüber einer aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzten Kommission vorzulegen, ist abgelehnt worden. Es wird absichtlich Verheimlichungs- und Verschleiernestakt getrieben. Höchste Zeit wird es, daß auch für das Eisen ein Selbstverwaltungskörper geschaffen wird, allerdings ein anderer als der Eisenwirtschaftsbund, der trotz seiner Unzulänglichkeit von den Unternehmern in der heftigsten Weise bekämpft und schließlich auch eingekerkert worden ist. Die Erzpreise sind längst wieder auf die frühere Höhe heruntergegangen, die Schrottpreise sind erheblich gesunken, die Frachtkategorie ist demagogisch übertrieben worden. Durch die Rationalisierung ist die Leistung der Ar-

## Beginn der Vermittlungsaktion

Grundständige Bereitschaft der Parteien.

8. 11. 13. November. (Eigenbericht.)

Der Regierungspräsident von Düsseldorf, Dr. Bergemann, hat heute sowohl die Vertreter der Unternehmer wie der Gewerkschaften zu sich geladen, um festzustellen, ob beide Parteien in dem Kampf in der nordwestlichen Eisenindustrie geneigt sind, einen Vermittlungsversuch des Regierungspräsidenten zu unterstützen.

Die Vertreter beider Parteien haben ihre grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft erklärt. Nach Klärung der Vorfragen über die Grundlagen der zu führenden Verhandlungen wird der Regierungspräsident beide Parteien an den gemeinsamen Verhandlungstisch bringen. Ob und wann dies möglich sein wird, hängt davon ab, ob und wann es dem Regierungspräsidenten gelingt, eine Verhandlungsgrundlage zu vereinbaren.

Man hofft jedoch, daß es bereits morgen, Mittwoch, möglich sein wird, den Kernsatz für die gemeinsamen Verhandlungen festzusetzen.

...steigern, beim Roh Eisen 1925/26 um 15 Proz., im vorigen Jahre um 27 Proz., beim Kohlstahl 1923/26 um 40 Proz., im darauffolgenden Jahr um 42 Proz., 1928 aber wird erst die volle Auswirkung der Rationalisierung bringen und dadurch eine weitere Steigerung. Aus allen diesen Gründen haben selbst unternehmerfreundliche Blätter die Stellungnahme der Unternehmer nicht verstanden können, sondern den Schiedsspruch als verständlich angesehen und die Verbindlichkeitsklärung durchaus gutgeheißen. Die Unternehmer verweisen auf die ausländische Konkurrenz bei niedrigeren Löhnen, England und Standinavien, erst recht Amerika zahlen bedeutend höhere Löhne, nur Belgien, Luxemburg, Frankreich und einige kleinere Distrikte niedriger. Aber diese Industrien müssen Rohs aus Deutschland beziehen, und dadurch ist schon ein Ausgleich geschaffen. Die Verarbeitung von Minette in jenen Industrien erfolgt in Deutsches bis etwa 250 Tannen Leistungsfähigkeit, während die Oefen in Deutschland eine Leistungsfähigkeit von 700, 800, ja 1000 Tannen haben. Auch hier ist also der Vergleich gegeben.

**Vor der letzten Preiserhöhung wurde behauptet, man müsse mehr Arbeiter einstellen und daher die Preise erhöhen. Die Preise sind erhöht, aber mehr Arbeiter nicht eingestellt worden.**

Die Arbeiterzahl ist fast unverändert, und das in einer Zeit, von der Herr Brügel im Engweltausgleich erklärt hat, daß sie eine Zeit der besten inländischen Konjunktur gewesen sei, in der man 90 bis 95 Proz. der inländischen Arbeitskraft auszunutzen vermochte. Die Unternehmer haben 700 Millionen Rubrentschädigung erhalten, das Reich hat sie gefördert, sie sind bisher immer bevorzugt worden. Jetzt muß das Reich den ausgesperrten Arbeitern helfen und den Betrag von den Unternehmern einzuziehen, wie das unter Gehlenwurf fordert. Jetzt Änderungen im Schlichtungswesen nach dem Antrag Stögerwald vorzunehmen, hieße den Unternehmern das Spiel erleichtern.

**Das Schlichtungswesen soll Tarifabschlüsse fördern und erleichtern, weiter soll es nicht, und darum können wir, wenigstens jetzt, den Zentrumsanträgen nicht zustimmen.**

Den Unternehmern muß eine nachdrückliche Lehre erteilt werden, daß ähnliche Aussperrungen auf absehbare Zeit vermieden werden. Ist das geschehen, wird es Zeit sein, die Erfolge der gesetzgeberischen Ausnahmen, etwa durch die Errichtung eines Selbstverwaltungskörpers für die Eisenindustrie. Sollten die Unternehmer aber halsstarrig bleiben, so fordern wir von der Regierung die unverzügliche Ausperrung der Glanzhölle. (Beifall links und in der Mitte.) Und schließlich würde auch die Entziehung solcher Unternehmern zu erwägen sein, die ihr Eigentum übermäßig zum Schaden des Volkes und zur Aufschüttung neuen Staatsschulden. (Beifall Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern die Wiederentnahme dieses Rechtsbereichs und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Forderungen. (Beifall links und den Sozialdemokraten.)

### Abg. v. Linderer-Wildau (Dntf.)

Wir bedauern, daß der Arbeitsminister, wenn auch in zurückhaltender Weise, durch seine Ausführungen über die Reichslage den weiteren Entscheidungen der arbeitsgerichtlichen Instanzen vorgegriffen hat. Die Deutschnationalen wollen mit Rücksicht auf die noch ausstehende letzte Entscheidung weder die eine noch die andere Kampfpartei unterstützen. Auch dieser Konflikt ist aus der Wirtschaftsentwicklung seit der Stabilisierung erwachsen. Die Rentabilität anderer Industrie ist ungenügend, besonders schwere Arbeitsbedingungen geben den Arbeitern der Eisen- und Kohlenindustrie den Anreiz auf angemessenen Lohn und sozialen Schutz der Arbeitskraft. Bei dem vorigen Tarifabschluß hat der Schlichter erklärt, diese Industrie werde nach der Arbeitszeitverkürzung weitere Lohn-erhöhungen in der nächsten Zeit nicht ertragen können. Die Forderung der Arbeiter auf Lohnhöhung ist berechtigt, aber einen Kampf darum die zur Vernichtung der Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit zu führen, würde bedeuten, daß man auf Kosten der Zukunft lebt. Ist es richtig, daß die Arbeitgeberorganisation Anfang Oktober dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsministerium ihr gesamtes Preisberechnungsmaterial vorgelegt hat, dessen Prüfung aber abgelehnt worden ist? Das wäre ein Zeichen von Scheu vor unangenehmer Verantwortung gewesen. Im Gegenzug zum Abg. Stögerwald hat der Führer der freien Gewerkschaften Theodor Leipart erklärt, ein Schiedsspruch könne nicht als Tarifvertrag mit allen Konsequenzen gelten. Er stelle nur einen Verwahrungspunkt dar, zu dem die Betroffenen Stellung nehmen können. Läßt man den verbindlichen Schiedsspruch als Tarifvertrag gelten, dann bleibt von Koalitions- und Streikfreiheit wenig übrig, dann würden die Arbeits- und Lohnbedingungen schließlich nicht mehr vereinbart, sondern bestimmt werden durch eine nicht einmal unparteiliche staatliche Stelle, denn das Reichsarbeitsministerium wird ja durch eine politische Partei besetzt. Eine solche Entpersönlichung des Arbeitsverhältnisses wäre verhängnisvoll. Zu Friede, Freiheit und Brot kommen wir erst, wenn wir Veröhnung nach innen und Klassenkampf nach außen führen, nämlich Klassenkampf unseres unterdrückten Landes gegen die Unterdrücker. (Beifall links und Händeklatschen bei den Deutschnationalen.)

### Reichsarbeitsminister Bissell:

Die Frage des Vorredners beantwortete ich dahin, daß am 5. Oktober die Industriellen dem Reichswirtschaftsminister und mir Material unterbreitet haben, das die schwere Lage ihrer Industrie beweisen sollte. Wir haben dieses Material entgegengenommen, uns zur Entgegennahme weiteren Materials bereit erklärt. Welchen Eindruck das Material der Industriellen auf mich gemacht hat, erleben Sie daraus, daß ich den Schiedsspruch für verbindlich erklärt habe. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Der Vorredner hat mir vorgelesen, daß ich die Reichslage hier dargestellt habe. Hätte ich das nicht getan, so wäre mir sicher der Vorwurf gemacht worden, daß ich meine Reichspolitik für zu schwach halte, um sie zu vertreten. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat geschrieben: „Das große Unheil, das durch die unerwartete Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs hervorgerufen ist, hat viele zum Nachdenken angeregt.“ Also die Verbindlichkeitsklärung soll das große Unheil angeregt haben. Das war am 9. November, am 10. November schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, man habe dem sozialdemokratischen Arbeitsminister die Vertretung dieser Sache im Reichstag übertragen, um seine Verantwortung für die Entstehung und Lösung des Konflikts klar und deutlich hervortreten zu lassen. Hat nun die Verbindlichkeitsklärung den schmerzlichen Konflikt und die Zustimmung herbeigeführt oder nicht vielmehr die Aussperrung? (Sehr wahr!)

**Ob die Verbindlichkeitsklärung gekommen wäre oder nicht, oder ob ich noch eine weitere Frist angeordnet hätte — es wäre ausgesperrt worden!**

(Beifall links und im Zentrum, Widerspruch rechts.) Die „Bergwerkszeitung“ vom 30. Oktober sagte: „Ob die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt oder ausgesprochen wird oder ob noch eine weitere Frist gesetzt wird, es wird am 1. November nicht weitergearbeitet!“ (Zuruf rechts: Die Zeitung kann uns doch nicht binden!) Aber sie ist doch das Sprachrohr der Unternehmer! Ich muß jedenfalls ablehnen, die Zustimmung der Situation herbeigeführt zu haben, sie wäre gekommen, wie ich auch entschieden haben würde. Nur eine wäre anders gewesen: Wenn ich die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt hätte, dann wären meine wirtschaftlichen Kenntnisse und meine Weisheit von den Herren da draußen bis über das Schandheil gekostet worden, während mir jetzt vorgemorren wird, falsch geurteilt zu haben.

Aus diesen Gründen habe ich die Reichslage ausmündig besprochen — die geringste Abhilfe einer Einwirkung auf die Reichspräsidenten — heute haben in Düsseldorf Verhandlungen zwischen den

# Die Winterarbeitslosigkeit setzt ein

## Die ersten Wirkungen der Aussperrung.

Der Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit setzt jetzt in der Statistik der unterstehenden Arbeitslosen bereits deutlich in Erscheinung. In der Zeit vom 15. bis 31. Oktober ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 593 600 auf 671 000, das ist um 77 400 oder um 13 Proz. gestiegen. Die Zunahme ist bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern mit 18 Proz. bedeutend stärker als bei den weiblichen (4,3 Proz.), die in der Berichtszeit zum erstenmal seit Ende Juni eine Steigerung zu verzeichnen haben.

Demgegenüber ist in der Krisenunterstützung die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur unerheblich (von rund 89 700 auf 93 000 oder um 3,6 Proz.) gestiegen. Die Zunahme betrug hier bei den Männern 3,8 Proz., bei den Frauen 2,7 Proz.

Die an sich beachtliche Steigerung der Arbeitslosenziffer hält sich noch durchaus im Rahmen des Vorjahres. Sie erklärt sich in erster Linie durch den Rückgang der Saisonarbeit, wie aus dem Anstieg der Arbeitslosenziffer in den agrarischen Gebieten deutlich zu erkennen ist. In den vorliegenden Ziffern drückt sich noch nicht die Wirkung der Aussperrung in der Metallindustrie des Westens aus. Erst in diesen Tagen machen sich die Folgen der Aussperrung für den Arbeitsmarkt bemerkbar. So zeigt sich eine auffällige Zurückhaltung im Weihnachtsgeschäft und damit ein Stillstand in der Anforderung von Ausschiffsträften, die sonst im November und Dezember immer eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes brachte. Wenn die Aussperrung nicht sofort beendet wird, ist das Weihnachtsgeschäft platt; dem

Mo die Eisenindustrie im Westen wieder voll im Gange ist, vergehen immer noch mindestens drei bis vier Wochen. Allgemein kann festgestellt werden, daß trotz des Anstiegs der Arbeitslosenziffer, der sich in den nächsten Wochen in verstärktem Tempo fortsetzen wird, von einer ersten Bedrohung der Wirtschaftslage nicht gesprochen werden kann. Das muß mit besonderem Nachdruck gegenüber dem ewigen Gerede der Unternehmerrasse über Gefährdung der Konjunktur durch die Lohnbewegungen hervorgehoben werden. Wohl haben wir zurzeit 250 000 Unterstützte mehr in der Arbeitslosenversicherung als im Vorjahre, aber diese Zahl besagt sehr wenig für den Beschäftigungsgrad, da jetzt die letzten starken Vorkriegsjahrgänge auf den Arbeitsmarkt strömen und die Sterblichkeit nachgelassen hat.

## Sturm auf das Schlichtungswesen.

### Die Volkspartei setzt einen besonderen Ausschuss ein.

Das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet: Die Reichstagsfraktion der Volkspartei beschloß, einen besonderen Ausschuss einzusetzen, der sich mit der Frage der Reform des Schlichtungswesens beschäftigen und bestimmte Anträge ausarbeiten soll, die die Wiederherstellung des Verantwortlichkeitsgefühls der beiden Parteien bezwecken, das Schwerkraft in die Einigung legen und die stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Momente bei den Schlichtungsverhandlungen zum Ziele haben. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abg. Prof. Dr. Moldenhauer gewählt.

Parteien begonnen, ich habe mich bemüht, zu erforschen, wie sie stehen, habe aber noch keine Mitteilung bekommen. Ein hoher preußischer Beamter hat sich der Aufgabe unterzogen, eine Verständigung zwischen den Parteien anzustreben. Ich glaube, eine Verständigung ist möglich, unbeschadet der Ausrottung dieser grundsätzlichen Rechtsfrage, die, wenn nicht jetzt, so doch bei einem nächsten Fall wieder aufgeworfen werden würde. Es muß festgestellt werden, ob das Kabinett Luther durch einen seiner Minister eine Verordnung erlassen hat, die den Grundrissen des deutschen Staatsrechts nicht entspricht! Ich glaube, am besten würde es sein, sich über die Wiederaufnahme der Arbeit zu einigen, ohne daß dadurch der endgültigen Entscheidung der Reichsträger vorgegriffen würde. (Beifall links und im Zentrum.)

### Abg. Dr. Moldenhauer (Volkspartei):

Zu diesem Konflikt konnte es nur durch das falsche System einer amtlichen Lohnfestsetzung kommen, wobei politische Motive die wirtschaftlichen überwiegen. Gerade in der Eisen- und Kohlenindustrie ist dieses System bis zur Ausschaltung der freien Lohnvereinbarung und zu einer wahren Zwangswirtschaft gekehrt.

In seiner Rede zum 10. März dieses Jahres hat der Reichsarbeitsminister erklärt, daß der Anteil der Arbeiter an der Wirtschaft nur steigen könne, wenn der Vertrag der Wirtschaft selbst steigt. Die westliche Schwerindustrie hat aber so schwache Konkurrenzverhältnisse, daß schon die geltenden Löhne kaum zu halten wären. Lohnhöhungen könnten umso weniger ertragen werden, als der Lohnanteil an den Produktionskosten 20 bis 25 Prozent beträgt, wie Herr Stögerwald behauptete, nur 5 Prozent. (Hört, hört! rechts.) Wenn in anderen Betrieben mehr gezahlt wird, so sind sie eben anders gelagert. England mit seinen höheren Löhnen hat eine höhere Arbeitslosigkeit. Lohnhöhung in der Eisenindustrie zieht eine allgemeine neue Lohnbewegung nach sich, wie sich bereits in den Randgebieten zeigt. Durch Preissteigerungen, verminderten Absatz und schärfere Konkurrenz müßte aber auch die Arbeitslosigkeit wieder steigen.

**Das System der amtlichen Lohnfestsetzung ist falsch. Im vorliegenden Fall wurden die Unternehmer dadurch genötigt, sich entweder einem für falsch gehaltenen Schiedsspruch zu unterwerfen oder sich im Gegensatz zu der häufig falsch geführten öffentlichen Meinung zu stellen.**

Nicht der Arbeitsminister, sondern das System ist schuld. Die Betriebe können nicht ohne weiteres wieder arbeiten, man kann doch nicht erst den Konturs eines Unternehmens abwarten, um die Unrechtlichkeit des Schiedsspruchs festzustellen. Von Rebellion kann man da nicht sprechen. Wenn ich eine Meute nicht zahle, verliere ich auch das Geseh, bin aber deswegen noch kein Rebell. Wir begrüßen den Düsseldorfser Vermittlungsversuch. Dem Antrag auf Reichszahlung an die Aussperrten können wir nicht zustimmen, und bitten dringend, den Antrag auf Einziehung dieses Betrages von den Unternehmern zurückzuziehen, denn er würde das Zusammenwirken der Koalitionsparteien, das wegen des Reparationsproblems besonders notwendig wäre, unmöglich machen. (Beifall b. d. Bp.)

### Abg. Colosser (B.-B.):

Hoffentlich führen die neuen Verhandlungen zu der notwendigen Verständigung. Die Metallindustrie ist sehr stark belastet. Wir müssen die Volksgenossen vor Elend schützen, aber wir tun etwas zuviel auf diesem Gebiet. Nicht auf die Lohnhöhe kommt es an, sondern auf die Kaufkraft. Die Entscheidung sollte nicht der Arbeitsminister allein haben, sondern ein Kollegium unparteiischer Personen, auch das Reichswirtschaftsministerium sollte vertreten sein. In dem vorliegenden Fall war der Wirtschaftsminister nicht mit dem Arbeitsminister einverstanden.

### Abg. Schneider (Dem.):

Die Eisenproduktion beträgt wieder 90 Prozent des Vorkriegsstandes trotz aller Schwerkraft. Die Belastung durch den Schiedsspruch soll 4 bis 5 Prozent betragen sowohl für die eisenhaltende wie für die eisenverarbeitende Industrie. Durch die Heranziehung von Werkstellern zu Rüstungsarbeiten infolge der Stilllegung sind bereits schwere, ja tödliche Unfälle vorgekommen. Die Schädigung des Handels ist schon jetzt enorm. In der sinkenden Konjunktur, von der man immer spricht, noch solchen Sloh zu führen, ist unverantwortlich.

Eine Gelegenheitsgesetzgebung zur Abänderung des Schlichtungswesens lehnen wir ab. Wenn die Aussperrten unterliegen, muß das auch den mittelbar Betroffenen gewährt werden. Solch umfangreiche Fälle sollten nicht erst an ein Arbeitsgericht, sondern gleich an das Reichsarbeitsgericht kommen, das Verfahren müßte schneller sein. Nach dem Sieg in der ersten Instanz sollte auch bei den Unternehmern Verhandlungsbereitschaft vorhanden sein. Die Reichsregierung sollte sofort die Initiative ergreifen. (Beifall bei den Dem.)

### Abg. Schwarzer (Bayer. Bp.):

Das Volk versteht einfach nicht, wie eine so furchtbare Maßnahme verhängt werden konnte. Die Arbeiter haben in diesem Falle recht. Das Vorgehen der Unternehmer ist ein Schlag gegen die Staatsautorität. Das Schlichtungswesen muß so ausgebaut werden, daß Zweifel an den Ergebnissen nicht aufkommen können. Um 6 Uhr abends vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr nachmittags.

## KPD: Mörder verurteilt.

### 3 Jahre Zuchthaus für den Mörder des Genossen Paris.

Zwickau, 13. November. (Eigenbericht.) Der kommunistische Mörder des sozialdemokratischen Stadtverordneten von Glauchau, Paris, das Mitglied des Roten Frontkämpferbundes Wersch, wurde am Dienstag wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. 3 Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet.

Die Beweisaufnahme ergab an der Hand von fast durchwegs übereinstimmenden Zeugnisaussagen — es wurden mehr als ein Dutzend Augenzeugen vernommen —, daß Paris von den Kommunisten stark angefaßt wurde und insbesondere der als Entlastungszeuge anwesende Kommunist Hellmann Paris lange mit seinem Haß verfolgt hatte. Als die Frontkämpfer sich dem sozialdemokratischen Fackelzug näherten, kürzte Hellmann, Greich und Genossen mit dem Rufe: „Hier ist er“ auf Paris. Es ist ferner als erwiesen zu betrachten, daß der Angeklagte Greich auf dem Wege zur Stelle des Zusammenstoßes gerufen hat: „Wer hat ein Messer bei sich?“ — Als diese Laute wurden von dem Angeklagten nicht bestritten.

Die beiden Entlastungszeugen, die Kommunisten Hellmann und Radtschke, zeigten sich als Jammergestalten, die von nichts wissen wollten und nichts beibringen konnten. Die angeführten Laute konnten sie jedoch ebenfalls nicht bestritten. Schließlich ließ auch die Verteidigung die ursprüngliche Rastierung der Tat durch den Angeklagten, er habe einen Schlag mit einer Fackel bekommen, fallen. Diese Behauptung wurde von keinem der Zeugen gestützt. Endlich erklärte auch der Angeklagte, er könne durch den Flammenschlag einer Fackel oder durch Auf, der ihm von einem Fackel in die Augen flog, so irritiert worden sein, daß er nach dem Messer griff.

Die Anklage des Staatsanwalts beschränkte sich auf die Feststellung, daß Notwehr nicht vorgelegen habe und die Absicht der Tötung bei dem Angeklagten vorgelegen haben müsse. Er beantragte wegen Totschlag 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Die Verteidigung sprach zwar von einer „fürchterlichen Tat“, beschränkte sich aber im übrigen darauf, den Jahrgang des Mörders als Motiv anzuführen. Der Angeklagte sei ein Opfer schlechter Erziehung und sozialer Mißstände. Die Verteidigung plädierte auf Annahme einer Körperverletzung und Gewährung von mildernden Umständen.

## Bauernregierung in Lettland.

### Rücktritt der estnischen Rechtsregierung.

Riga, 13. November. (Eigenbericht.) Der Versuch der Sozialdemokratie zur Bildung einer Vorkriegsregierung ist gescheitert. Die Verhandlungen zeigten jedoch eine starke Unsicherheit im Parlament, so daß im Lager der Sozialisten nach dem Ablauf einer gewissen Zeit die Bildung einer Vorkriegsregierung für möglich gehalten wird. Vorläufig hat der Bauernbund die Bildung der Regierung übernommen. Die estnische Rechtsregierung ist infolge Differenzen des Bauernbundes mit den Russländern zurückgetreten.

## Eisenbahnanschlag auf Staatspräsidenten Semgal.

### Riga, 13. November.

Der Zug, mit welchem der Staatspräsident Semgal, der Parlamentspräsident, der Sozialdemokrat Kalina und die Spitzen des Offizierskorps von den Feiern des lettischen Kriegsjubiläum aus Riga zurückkehrten, wurde gestern vor Mälar von Bahnpolizisten plötzlich angehalten, weil in einer Wache eine Bombe eingezwängt war. Beim Öffnen der Wache wurde der Zug zweifelslos entleert. Es ist noch nicht festgestellt, ob ein Anschlag vorliegt. Eine strenge Untersuchung ist im Gange. Den Vorkriegsregierenden soll eine mit den Antisemitismen in Verbindung stehende Person auf Grund schwerer Verdachts verhaftet worden sein.

Amerikas moralische Niederlage in Marokko. Das endgültige Wahlergebnis der Präsidentenwahlen in Marokko ergab 56 739 liberale und 33 115 konservativ-stämmige Stimmen. Damit ist General Roncoba zum Präsidenten gewählt. Die amerikanische Expedition war zum Schutze der früheren konservativen Regierung Ding unternommen worden.

Bei der Innsbrucker Heimkehrparade am Staatsfeiertag und dem gleichzeitigen Arbeiteraufmarsch gab es Zusammenstöße, bei denen insgesamt neun Personen Stichwunden erlitten haben.

# Berliner Verkehrs-A.G. beschlossen

## Ein Erfolg sozialdemokratischer Arbeit im Verkehrswesen.

Die Magistratsvorlage über die Zusammenfassung der drei städtischen Verkehrsunternehmen in einer einheitlichen Berliner Verkehrs-A.G. wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Nachdem die Bemühungen des neuen Verkehrsbevollmächtigten, des sozialdemokratischen Stadtrats Genosse Reuter, die Tarifereinheit zu Stande gebracht hatten, folgt jetzt auch die organisatorische Vereinheitlichung. Daß die Kommunisten ihre Zustimmung verweigerten, weil nicht alle ihre Wünsche erfüllt wurden, sei hier ausdrücklich hervorgehoben. Aber das gelang diesen unentwegten Reinsägern nicht, die Annahme zu verhindern. Unser Genosse Dr. Lohmann stellte fest, daß auch diesem weiteren Schritt in der Entwicklung des Berliner Verkehrswezens die Sozialdemokratie einen hervorragenden Anteil gehabt hat. Die Vorteile der Tarifvereinheitlichung für die Bevölkerung sind rasch erkannt worden, und längst ist das sinnlose Geschrei der schwarzweißroten Presse verstummt. Auch der Nutzen dieser Verwaltungszusammenfassung wird sich bald genug zeigen.

Stadtvorordneter Dr. Michaelis (Dem.) erstattete Bericht aus dem Ausschuss über die Zusammenlegung der Berliner Verkehrsunternehmen zu einer

### Berliner Verkehrs-A.G.

Die Schaffung einer solchen Verkehrsaktiengesellschaft ist notwendig geworden, nachdem die drei Verkehrsbetriebe Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn und Omnibusgesellschaft in die Hand der Stadt gelangt sind. Dr. Michaelis berichtete u. a., daß alle Anträge auf Änderung der in der Vorlage des Magistrats vorgeschlagenen Gesellschaftsform abgelehnt und der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung empfahl, eben die Verkehrsaktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 400 Millionen Mark zu beschließen. Die 400 Millionen Mark befinden sich teils in Händen der Stadt, in dem Aufsichtsrat entfallenden Anteile der städtischen Körperschaften können weitere Aufsichtsratsmitglieder hinzugezogen werden. Ueber die Sozialversicherung (Krankenkasse, Ruhegeheimungen) der Angestellten und Arbeiter der neuen Gesellschaft ist im Ausschuss eine Entscheidung gefasst worden, die den Aufsichtsräten empfiehlt, die alten Kassen usw. aufzulösen und die Mitglieder in die bestehende Betriebskasse der Stadt überzuführen. Im übrigen ist dem Aufsichtsrat Vollmacht erteilt.

Für die Diskussion hatte der Redaktionsrat eine Redezeit für jede Fraktion von 20 Minuten vorgeschlagen, gegen die Stimmen der Kommunisten beschloß auch das Plenum so. Als erster Redner sprach

### Genosse Dr. Lohmann:

Genosse Dr. Lohmann betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die Vorlage nichts Bisheriges und Unerwartetes darstelle, vielmehr ein letztes Glied in der Kette der Entwicklung ist. Die Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß sie hat helfen dürfen, diese Kette zu formen und daß es einer der Ihren war (zumindest ist Stadtrat Genosse Reuter), der dieses letzte Glied geschweißt hat. Bei allen Verdiensten, die sich die sozialdemokratische Fraktion bei den Verhandlungen erworben hat, soll nur eines hervorgehoben werden: Wenn die Sozialdemokratie im Roten Haus in den Jahren der Inflation nicht den städtischen Besitz mit Rügen und Jähnen vertrieben hätte, auch gegen berühmte „B.M.“ gezeichnete Artikel in einem Berliner Tageblatt, sähe es heute um die neue Verkehrsaktiengesellschaft anders aus. Doch genug damit, die Zeiten sind vorbei! Wir freuen uns, daß heute eine entscheidende Mehrheit sich vorstellt. Wir freuen uns, daß heute eine entscheidende Mehrheit Gedanken an das, was einst war, soll uns diese Freude trüben. Allerdings, die Kommunisten und die Deutschnationalen können es

nicht verhindern, daß man ohne sie in Reich, Ländern und Gemeinden aufbauende Politik zu treiben vermag.

In den Beratungen des Vorbereitenden Ausschusses war die Form der neuen Verkehrsgesellschaft umstritten. Für uns Sozialdemokraten ist die Form kein Prinzip, sondern eine reine Zweckmäßigkeitsfrage.

Niemand wird leugnen, daß sich die städtischen Betriebe in der Gesellschaftsform aufs vorzüglichste entwickelt haben.

Wenn man diese Art der Führung kommunaler Betriebe noch nicht hätte, müßte man sie direkt erfinden. Jedenfalls gibt es augenblicklich kein anderes Mittel, die zum Teil noch in privaten Händen befindlichen Unternehmungen in städtischer Hand zu vereinigen. Mit den kommunistischen Vertretern eines „Prinzips“ um des Prinzips willen“ ohne Rücksicht auf die praktischen Folgen ist schlechterdings eine Diskussion unmöglich. Der große Gewinn der Ueberführung der Verkehrsbetriebe in städtischen Besitz ist die kleinen Opfer wert, die dabei gebracht werden müssen. Die Kommunistische Partei ist bereit, den Gaul ihres Prinzips zu Tode zu reiten, um diese Opfer zu erweitern. Sie sehen ein, daß kein Privataktionär seinen Aktienbesitz preisgibt, wenn er nicht Vorteile davon hat, andererseits wollen die Kommunisten aber die acht Millionen Mark Ablösung für die Amerikaner nutzlos wegwerfen, um die Bildung einer Aktiengesellschaft zu verhindern.

Der Rotor für die Bildung der neuen Verkehrsaktiengesellschaft war die Absicht der Steuerersparnis, und es liegt kein Grund vor, das zu verheimlichen, weil die Kommunen die Pflicht haben, in der Verantwortung über die Gelder der Steuerzahler die Betriebe so zu gestalten, daß die Abgaben den niedrigsten Grad erreichen. Das und nichts anderes haben wir getan. Und wenn wir dabei zugleich die günstigste Form für die Zusammenfassung des Berliner Verkehrs gefunden haben, so erfüllt uns das mit besonderer Befriedigung. Kein Wort ist darüber zu reden, daß die Zusammenfassung der Verkehrsunternehmen in der Hand der Stadt dieser ein Kreditinstrument ersten Ranges gibt, bei der zukünftigen Uebertragung städtischer Anleihen wird sich das sehr schnell bemerkbar machen!

Me Erfahrungen von früher sind bei der Schaffung der neuen Verkehrsaktiengesellschaft verwertet worden.

Die Gebundenheit an die Beschlüsse der städtischen Körperschaften ist größer und weitgehender als bei allen sonstigen städtischen Gesellschaften. Eine Vereinfachung von solchem Ausmaß muß sich natürlich auch auf die Arbeiterschaft der Betriebe auswirken. Dabei kommt es nicht auf Einzelheiten, sondern auf die Gesamtheit der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der sozialen Fürsorge an. Die Zentralisation der Sozialpolitik ist eine alte Forderung der Arbeiterschaft, die erst kürzlich der Gewerkschaftslangtag in Hamburg erneut feststellte.

Um so mehr müssen wir erwarten, daß die Arbeiter und Angestellten in den Verkehrsbetrieben ihre Interessen durch die freien Gewerkschaften vertreten lassen werden. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten. Die Kommunisten schweigen.)

Deshalb werden auch die Sozialdemokraten die kommunistischen „Verbesserungsanträge“ ablehnen und werden sich, wie immer, dagegen verwahren, der Vormund der Gewerkschaften zu sein. (Spettakel bei den Kommunisten.) Wir lassen uns nicht darüber täuschen, daß die Absicht der Kommunisten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten durch die Stadtverordnetenversammlung beschließen zu lassen, in Wirklichkeit gegen die Gewerkschaften gerichtet ist. Eine solche „Sozialpolitik“ könnte nur die agitatorische Kraft der Gewerkschaften schwächen. Dagegen wünschen wir aus vollem Herzen, daß die Gewerkschaften aus einer immer stärker werdenden Wachstumsphase heraus auch in den städtischen Betrieben den Einfluß gewinnen, der ihnen zusteht. Aber wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Den Deutschnationalen und den Kommunisten ist es doch gar nicht darum zu tun, durch die Annahme ihrer Anträge die Vorlage zu

retten. Wir erleben doch daselbe, was wir bei der Staatsberatung erlebt haben, daß diese Parteien zum Schluß alles ablehnen. Sie würden sich selbst aufgeben, wenn sie eingesehen würden, daß diese Vorlage, zu der sie selbst keinen Baustein beigetragen haben, einen

entschiedenen Fortschritt in der Gestaltung des neuen Berlin bedeute.

Mit besonderer Betonung erklärte dann Genosse Dr. Lohmann: Sowohl, wir haben Neues und Großes geschaffen, um so mehr haben wir auch ein Recht, die Parteien und ihre Presse, die sich in Rügeleien erschöpfen, in ihre Schranken zu weisen. Wir haben das drittgrößte Wirtschaftsunternehmen Deutschlands und das größte kommunale Unternehmen der Welt geschaffen, wobei wir immer noch der Ansicht sind, daß sich der kommunale Betrieb von dem privaten darin unterscheiden muß, daß er sich einer erhöhten Verantwortung gegenüber den Kommunisten und gegenüber der Arbeiterschaft bewußt ist. Beides wird aber in der neuen Verkehrsaktiengesellschaft Tatsache werden. Wir freuen uns, daß auch für diese Gedanken sich im Roten Haus eine Mehrheit findet. Wenn uns Sozialdemokraten die Berliner Bevölkerung nicht Gelegenheit gegeben hat, allein die Verantwortung dafür zu übernehmen, so müssen wir uns eben noch einer Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung umsehen. Wir wissen aber gleichzeitig, daß

mit Sozialdemokraten entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der neuen Verkehrsaktiengesellschaft genommen

haben und wir werden diese Einwirkung vor unseren Wählern und vor der Bevölkerung Berlins zu vertreten und zu verantworten wissen. (Beifälliger Beifall.)

Für die Deutschnationalen machte Stadtvorordneter Dr. Steiniger, der frühere Zweigverbandsdirektor von Groß-Berlin, seine bei ihm bekannnten und durch die Bildung von Einheits-Berlin verständlichen Klößen über Lohmanns Rede. Seine Parteigenossen und seine kommunistischen Freunde amüsierten sich dabei. Der Tenor seiner kritischen Ausführungen war die Mitteilung, daß seine Fraktion die Vorlage annehmen werde. Der Kommunist Deter meinte, von einer Einheitsfraktion des Verkehrswezens könne erst gesprochen werden, wenn das Droischen- und Fließschiff-Fahrergründungs- und die Stadt- und Ringbahn kommunalisiert seien. Der Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft sei nicht den Mehrheitsverhältnissen entsprechend zusammengesetzt; das System der Sachverständigenberatung werde der „schwarzrotgoldene Bürgerklub im Rathaus“ schon in seinem Sinne regeln. Der Redner forderte eine Zusammenlegung des Direktoriums mit Sozialdemokraten und Kommunisten und eine öffentliche Festlegung der Direktionsgehälter nach „proletarischen Grundätzen“. Ob die Kommunisten die Bildung der Verkehrsaktiengesellschaft zustimmen oder nicht, erfuhr man nicht von Herrn Deter.

Stadtvorordneter Dr. Doose (Dem.) bezeichnete die Bildung der Verkehrsaktiengesellschaft als einen wesentlichen Fortschritt; seine Fraktion werde zustimmen. Der Vertreter der Volkspartei, Stadtvorordneter Schwarz, wari die Frage aus, ob es an der Güte der Vorlage selbst oder an der Vorbereitung gelegen habe, daß eine so weitgehende Vorlage eine so große Mehrheit in der Versammlung fand. Schwarz stimmte zu. Der Redner erklärte, daß der für einen leitenden Posten in der neuen Gesellschaft in Aussicht genommene jetzige Direktor der Straßenbahn, Lüdtke, nicht dem Stahlhelm angehört, wie vielfach behauptet wird. Lüdtke sei in der Lage, das Gegenteil beweisen zu können. Nach den Stadtvorordneten Künker (Birkopp.) und Lange (Zit.), von denen der letztere der Vorlage zustimmte, kam man zu den

### Abstimmungen.

Der kommunistische Antrag auf direkte Kommunalisierung der Verkehrsbetriebe wurde abgelehnt, ebenso die anderen Abänderungsanträge dieser Fraktion. Ein Antrag der Rechtsparteien, der Demokraten usw. auf Erweiterung des Aufsichtsrates auf 14 Personen wurde gegen die Stimmen der Antragsteller ebenfalls abgelehnt.

Der Beschluß des Ausschusses auf Gründung der neuen Verkehrs-A.G. wurde darauffin angenommen.

Dafür stimmten alle Parteien, allein die Kommunisten waren gegen die Verkehrsaktiengesellschaft. Um sich vollends zu blamieren, beantragten die Kommunisten dennoch eine dritte Lesung, die aber einstimmig abgelehnt wurde.

# Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Spasch Verlag, Berlin.

Wir gehen in den großen Raum hinüber. In einer Ecke baut sich die Kapelle auf. Es ist einer da mit einem schwarzen Schnauzbart, der Klees Geige stimmt und dabei einen riesigen Brösel raucht. Eifen saßt hinter ihm mit seiner Teufelsgeige Posto. Er hat sie an diesem Nachmittag hergestellt. Man könnte sie am ersten mit einem Kontrabaß vergleichen, trotz der Margarinetiste, die auf ein langes Brett genagelt, Man könnte sie am oberen Ende des Brettes Kirren Blechspann, und am unteren Ende des Brettes Kirren Blechspann aufeinander, wenn das Ding auf den Boden gestampft wird. Als Bogen dient ein schmales Brettchen, dessen Kante wird. Als Bogen dient ein schmales Brettchen, dessen Kante wird. Als Bogen dient ein schmales Brettchen, dessen Kante wird. Als Bogen dient ein schmales Brettchen, dessen Kante wird.

Der erste Tanz ist aus, die Damen werden auf die Plätze geführt, es geht sehr steif zu. Dann kommt ein Schieber und Bahst ist mein Länger.

„Jetzt gehn wir mal bei Hagenbed — Hagenbed — Hagenbed.“

Rhythmus der Beine! Auch diejenigen, welche den ganzen Nachmittag (schwach) auf ihrem Strohlager gelegen haben, eilen in Paaren zum Tanz. Es wird unglaublich eng, zuletzt tritt man nur noch auf derselben Stelle herum. Manche Paare prallen aneinander. Es ist just wie zu Hause: das gepuffte Paar schimpft:

„Können Sie Ihre Dame nicht besser führen, Sie Elefant?“

Das puffende Paar antwortet singend:

„Geh aus dem Weg, geh aus dem Weg — aus dem Weg — aus dem Weg.“

Sonst haum wir euch die Nase weg, Ki-na-na-nase weg!“

Wie singen, gröhlen das Lied mit, ein Rausch hat uns

ergriffen. Zigarettenenden fliegen herum, irgendwo brennt Stroh, man tritt tanzend das Feuer nieder. Am schönsten ist es ganz nahe vor der Musik. Man tanzt eingehüllt in ein Tönebrausen und sieht sich die Musikanten an. Mit mehr Hingabe wurde keineswegs zu irgendeiner Zeit gespielt. Der Geiger mit dem großen Brösel schmeigt den Kopf ans Instrument, seine Augen tränen von Tabakrauch — er kneift sie zu, wiegt sich in den Hüften und wirft seinen Arm gerade und wieder trumm. Wenn ihm allzu viel Rauch die Augen umwölkt, sitzen zwischen seinen Brauen drei Falten wie ein Vogelfuß. Und Kurtjebam! Seine Brille glänzt, er steht auf den Zehen, seine Baden sind sonst gebläht und jitzern bei den zarten Stellen, um sich beim Foret stoßweise auszubulen. Eifens roter Haarschopf wackelt:

„Hagenbed — Hagenbed — Hagenbed...“

Aus der Margarinetiste schaut ein Ränguruh heraus, das seinen Beutel öffnet und voll Frohsinn seine Kinder in die Luft schmeißt.

Zum wievielten Male schwingen wir eigentlich heute? — Diesmal aber freiwillig, und darum: drauf und dran!

„Was macht ihr mit dem Ränguruh — Ränguruh — Ränguruh?“

„Hagenbed sein Ränguruh...“

Damenwahl! Ich schlüpfe in den Nebenraum zu Klees, um ihn aufzufordern. Der gute Junge schläft; er ist trotz des grimmigen Bärms eingeschlafen, immer noch die eine Hand in der Tasche. Mit dem Gesicht liegt er auf dem Arm, und sein roter Mund ist ganz schief gedrückt.

Diesen Augenblick fühle ich, daß ich vollkommen erschöpft bin, und daß meine Beine zittern. Ich will an nichts denken, laufe wieder in den Saal zurück.

Wir tanzen bis zehn Uhr. Zum Zapfenstreich erscheint der Befreite Hoyer im Helm. Doch die Musik läßt sich nicht halten, die Tänzer noch weniger. Eifen verkündigt erneut Damenwahl. Der Befreite Hoyer wird aufgefordert und muß, ob er auch noch so sehr widerstrebt.

„Aber Herr Befreiter sind doch sonst so stramm“, flötet seine Dame. „Sie werden doch nicht, Herr Befreiter, das wäre ja Leichenschändung.“

schaffen. Aber auch wir fühlen, daß es genug ist, und werfen uns ins Stroh. Das Licht löst sich aus.

„Albering neben mir sagt leise:

„Komm mir bloß nicht wieder mit deinen Vergleichen. So eine Sternblume kreist seit heute morgen wie irrsinnig vor meiner spitzen Nase herum. Noch geht bin ich schwindlig davon, denn sie kreist, als ob sie an meiner Nase festläge.“

Ich sage:

„Oder es kommt vom Tänzchen. Wenn es vom Tänzchen kommt, so ist es eine fröhliche, purpurrote Blume mit gelber Mitte. Ist sie so?“

„Weiß nicht“, murmelt der Kamerad, schon halb im Schlaf, „mag sein, weiß aber nicht, bin farbenblind. Denk, was du willst, aber schweige hinfant mit Vergleichen. Gute Nacht.“

Schweres Aimen und Schnarchen erklingt im ganzen Raum.

„Gute Nacht, Kamerad.“

Das Briefmarkenalbum.

Im gelben Stroh liegend, den Kopf auf dem Mantel, den Blick zu den Dachbalken hinaufgerichtet, fällt mir das Briefmarkenalbum ein, das ich als Jung besaß. Eben erst, als ich mein Essen holte, sah ich den, der es vor vielen Jahren von mir zum Geschenk bekam. Er heißt Bernhard Raupe, Küchenjunge unserer Kompanie. Es ist mir jetzt unangenehm, zu denken, daß der Küchenjunge Raupe mein Briefmarkenalbum besitzt. Ein Küchenjunge ist notwendig, aber er ist doch ein wenig Soldat zweiten Ranges. Nicht, als ob er es leichter hätte als der Infanterist, im Segenteil, er ist in der Frühe der Erste und abends der Letzte. Auch vom heißen Mai bekommt er sein Teil. Jeden Tag sehe ich meinen früheren Schulkameraden halbnaht und schweißübergossen vor seinem Kübel stehen und darin ein langes Brett im Kreise bewegen. Das Essen ist ein glühender Brei, ob es nun Stedrüben, Graupen oder Dörrgemüse heißt.

Er seinerleits, Bernhard Raupe, fühlt sich ein wenig höher als die Kameraden, er fühlt sich, sagen wir, als Halbgefreiter, er steht auch auf einem hölzernen Fußgestell, wenn er an die Soldaten das Essen austeilte. Wenn sie die Kochgeschirre nicht schräg genug halten oder faumselbig sind beim Hinantreten an den Kübel, so ruft er: Schiefer den Bott und schlaf nicht! — oder: Her mit dem Ding, Mensch, glaubst wohl, ich habe meine Zeit gestohlen!

(Fortsetzung folgt.)

## Opfer der Wucherer?

Die Mietsunterschlagungen in Sanssouci.

In einem nicht alltäglichen Prozeß hatte das Potsdamer Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. War-muth zu verhandeln. Die Unterschlagungen bei der Kronquitsverwaltung waren Gegenstand dieser Verhandlung. Angeklagt war der 37jährige Amtsgehilfe Albert Rohr aus Potsdam, dem Mietsunterschlagung und Urkundenfälschung zur Last gelegt waren.

Rohr, früher Feldwebel in einem Potsdamer Regiment, war nach seiner Verwundung im Felde durch hohe Protektion als Kastellan im Kaiser-Friedrich-Mausoleum in Potsdam angestellt worden und seit dem 1. Mai 1918 ständig bei der ehemaligen königlichen Gartenintendantur in Sanssouci mit einem Gehalt von 200 Mark und Militärentgelt beschäftigt. Ihm lag die Verwaltung der Miets- und Pächterkasse ob und durch seine Hände gingen Summen bis 200.000 Mark. Die Miets- und Pächtergelder aus den ehemals königlichen Gebäuden und Ländereien wurden bei dem Angeklagten abgeliefert und hierbei nahm er die Gelegenheit wahr und unterschlug etwa 3000 Mark. In einem anderen Fall sandte die Kronquitsverwaltung Berlin dem Angeklagten Gelder zur Auszahlung für die in Sanssouci beschäftigten Handwerker. Auch von diesem Gelde eignete sich Rohr annähernd 2000 M. an. Als man in Berlin feststellte, daß in Sanssouci angeblich verschiedene Mieter mit der Zahlung rückständig waren, sandte man Mahnzettel durch Rohr, die aber in einigen Fällen nicht abgeliefert wurden. So konnten sich die Veruntreuungen in Potsdam monatelang hinziehen. Schließlich griff man ein und entließ Rohr.

Viele Zeugen waren zu der Verhandlung geladen, darunter ehemalige Hofbeamte, Kastellane, Amtsräte usw. In bezug auf die Unterschlagungen war der Angeklagte geständig. Die Urkundenfälschungen bestritt er energisch, ebenso die Vernichtung der Mahnzettel. Durch schwere Erkränkung in der Familie war der Angeklagte Berliner Wucherern in die Hände gefallen, die bis zu 30 Prozent von ihm als Beamten der Kronquitsverwaltung genommen haben. Diese Wucherergeschäfte werden für einige Berliner Bombardhäuser noch unangenehme Folgen haben. Staatsanwalt Schröder beantragte ein Jahr neun Monate Gefängnis und Ehrverlust. Das Gericht nahm nur fortgesetzte einfache Unterschlagung an und verurteilte R. zu 8 Monaten Gefängnis bei teilweiser Bewährungsfrist.

## Der Selbstmord des Oberprimaners.

Aus Angst vor Erblindung.

Der Selbstmord des 17jährigen Oberprimaners Ulrich Blagens stellt sich als eine der erschütterndsten Jugendtragödien der letzten Zeit dar.

Der junge Mensch war Schüler des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in der Kochstraße. Vor einiger Zeit machte sich ein Augenleiden bemerkbar, das sich so verschlimmerte, daß Ulrich B. mehrfach die Befürchtung aussprach, daß er eines Tages erblinden werde. Am Montagabend begab er sich ohne irgendwelche Anzeichen äußerer Erregung in sein Zimmer. Als ihn seine Mutter gestern früh wecken wollte, fand sie ihn am Bettpfosten erhängt auf.

## Tobsuchtsanfall Bergmanns.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby legt Berufung ein.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby I hat gegen seine Verurteilung durch das Schöffengericht wegen Beihilfe zum Betrüge Berufung eingelegt, so daß der Strafprozeß nochmals vor der Strafkammer aufgerollt werden wird. Der Angeklagte Paul Bergmann, der mit Bestimmtheit damit gerechnet hatte, daß er wegen seiner Krankheit sofort aus der Haft entlassen werden würde, erlitt, nachdem er ins Gefängnis wieder zurückgeführt worden war, einen Tobsuchtsanfall und brach in Schreikrämpfe aus. Wegen der Einlegung einer Berufung konnte der Verteidiger mit Bergmann angefaßts seines aufgeregten Zustandes noch nicht Rücksprache nehmen.

## Preiswettkochen am Wedding.

Im großen Saal bei Schultze-Pagenhofer, Chausseestraße brodeln und schmoren, kocht und bädelt es schon zur frühen Nachmittagsstunde und kulinarische Wohlgerüche verschiedener Art durchziehen wohlighelbig Nase und Gaumen. Da stehen 20 Köchinnen in nagelneuem, schneeweißem Küchendress an 20 nagelneuen Gasherdern, auf denen pyramidenförmig aufgebaut in nagelneuem Nickelkuchengehirren allerlei Wohlgeschmeckendes seiner Vollendung entgegenreift. Die Preisaufrage, die hier zu erfüllen ist, lautet: In kürzester Zeit mit knappstem Gasverbrauch eine Tagesbeifügung, bestehend aus Morgentafel, einem vollständigen Mittagessen, Spülwasser und Wasser für den Abendtee zu bereiten und gleichzeitig im „Küchenwunder“ einen Kuchen zu backen. Als Preis für die besten Lösungen hatte die Berliner Städtische Gaswerke A.-G., die Veranstalterin der Kochkonkurrenz, Gasherde, Bratpfannen, Kocher, Bügelisen usw. gestiftet.

Um 4 1/2 Uhr — der Saal war bereits überfüllt mit Männern, Frauen und Kindern — ertönte der Startschuß. Rausch, sprang das erste Streichholz an, erste Glappe: Morgentafel. Hausfrauenehre, Befangenheit gegenüber so vielen neugierig und streng beobachtenden Augenpaaren trieb den Kochenden allen vorzeitig die Räte in die Wangen und eine stellte in der ersten Aufregung gleich den leeren Kessel auf die Flamme. Zweite Glappe: Mittagessen. Alles ist bereits vorgekocht, nun heißt es hausfräuliche Routine beweisen und die fünf vorgeschriebenen Gerichte, Erbsuppe, Gulasch, Kartoffel, Mohrrüben und Kompott auf dem zweikammrigen Gasherd schnellstens und schmackhaft zubereiten. Bis dicht an die Köchinnen heran sibt das Publikum und kein Handgriff entgeht ihm; und wenn die am Herd in den Topf guckt, dann gucken all die vielen mit hinein, und man sieht, wie sie würgt, wie sie schnort, man sieht, wie sie dämpft, man sieht eben alles. Und den also kontrollierten wird es heiß und heißer, erhebt vom Dampf und dann auch so und die Musik spielt dazu und das Blühsicht flammte so und so oft auf, und da

# Die Geretteten der „Vestris“

## 203 Schiffbrüchige von Dampfern aufgenommen. — Das Schicksal der anderen ungewiß.

Die Katastrophe des englischen Passagierdampfers „Vestris“, der im Atlantischen Ozean auf der Höhe von Virginia aus noch ungeklärter Ursache sank, läßt sich noch nicht ganz übersehen. Nach den neuesten aus New York vorliegenden Meldungen sind alle Rettungsboote und auch das vermifste Rettungsfloß von anderen Dampfern geborgen. Die genaue Zahl der Geretteten fehlt allerdings noch, da sie sich auf mehrere Dampfer verteilt.

### Funkprüche der Rettungsdampfer.

Nach Funkmeldungen von den Rettungsschiffen sind bisher insgesamt 203 Schiffbrüchige des gesunkenen Dampfers „Vestris“ gerettet worden, der bekanntlich 350 Personen an Bord hatte. 21 von ihnen wurden von dem Dampfer „Berlin“ aufgenommen. Wie aus Bermuda gemeldet wird, hat der Dampfer „Berlin“ gestern früh ein leeres Rettungsboot der „Vestris“ aufgefunden. Es ist noch nicht festgestellt, ob das Rettungsboot besetzt war und die Insassen ertrunken sind oder ob es unbefehlt durch die Wellen von der „Vestris“ weggespült wurde.

Ein Funkpruch vom Frachtdampfer „American Shipper“ besagt, daß dieser Dampfer 33 Fahrgäste und 90 Mann, die zur Besatzung der „Vestris“ gehörten, aufgenommen habe. Das Schiffschiff „Wyoming“ meldet, daß es die von den Trümmern bedeckte See an der Unglücksstelle gekreuzt und fünf Personen aufgenommen habe. Die Funkstation South Dartmouth in Massachusetts hat einen Funkpruch des Dampfers „Berlin“ aufgefunden, wonach die Besatzung dieses Dampfers einen mit einem Rettungsgürtel treibenden Mann der „Vestris“ rettete. Dieser erklärte, daß er eine Frau mit Kind auf dem Meere treibend beobachtet habe. Ein weiterer Funkpruch teilt mit, daß die „Wyoming“ mit dem Frachtdampfer

„American Shipper“ in Verbindung stehe und daß ein Rettungsfloß der „Vestris“ zwischen beiden Dampfern treibe.

Der Dampfer „Berlin“ meldet weiter, er werde, sobald das Wetter es gestatte, die von dem französischen Landdampfer aufgenommenen Schiffbrüchigen der „Vestris“ übernehmen und dann nach New York weiterfahren. Der Frachtdampfer „American Shipper“, der insgesamt 123 Überlebende aufgenommen hat, wird bis zum Eintritt der Dunkelheit an der Stelle des Unglücks verbleiben.

Das Schlachtschiff „Wyoming“ meldet, daß das Rettungsfloß der „Vestris“ aufgefunden worden ist. An Bord des Floßes befand sich nur noch ein Toter, der anscheinend der Kälte erlegen ist.

### Ursache der Katastrophe.

London, 13. November.

Ueber die Ursache des Unterganges der „Vestris“ liegen vorläufig nur geringe Anhaltspunkte vor. Die Sachverständigen in New York und London neigen zu der Ansicht, daß die Stahlplatten des Schiffes während des schweren Sturms am Sonnabend so stark beschädigt wurden, daß Wasser in größeren Mengen eindringen konnte, als die Schiffs-pumpen wieder hinauszupumpen vermochten. Die heute in Plymouth eingetroffene „Rauretania“ bestätigt, daß am Sonnabend ein Sturm von ungeheurer Gewalt über den Atlantik wüthete, der zeitweilig eine Stärke von 100 Stundenmeilen erreichte.

### Das Schicksal von 123 ist unbekannt.

Nach der letzten Meldung eines amerikanischen Schiffes sind die gesamte Bemannung und die Passagiere des untergegangenen Dampfers „Vestris“ bis auf 123 Personen gerettet worden. Die vermifsten 35 müssen sich in dem überzähligen Rettungsboot befunden haben.

muß man nun ruhig, unbeirrt von all dem Trara, sink und gut seine Aufgabe lösen.

Unter den erfolgreichsten Preisratern befand sich sogar ein Mann. Nachdem die hausfräuliche Jury hierauf offiziell „abgeschmeckt“ hatte, erfolgte die Preisverteilung. Die Trägerin des ersten Preises, Siegerin am Kochherd — 428 Liter Gasverbrauch in 65 Minuten Kochzeit — tritt in der Kreis der bewundernden Menge. Alles applaudiert. Direktor Friedrich von den städtischen Gaswerken überreicht einen Blumenstrauß und im Hintergrund funkelt und blüht der schöne, neue Gasherd.

Dieses Wettkochen findet noch und nach in sämtlichen Bezirken, außerdem auch im Reich statt. Die beiden Siegerinnen eines jeden Bezirkes werden im März d. J. in einem für die Stadt Berlin veranstalteten Kochwettbewerb zusammengeführt und die daraus hervorgehenden Siegerinnen haben sich in einem „Reichswettkochen“ mit den Siegerinnen anderer Städte zu messen. Dieses Reichswettkochen soll sich anlässlich der Ausstellung „Gas und Wasser“ im April nächsten Jahres abspielen.

## Ein neuer Bata-Prozeß.

„Der unbekannt Diktator Thomas Bata.“

Gestern fand vor der 7. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin der Termin wegen Einspruchs des Verfassers des Buches „Der unbekannt Diktator Thomas Bata“, vertreten durch Dr. Paul Vogl, gegen die einstweilige Verfügung dieses Landgerichts statt, kraft deren das Buch in Deutschland nicht verbreitet werden darf. Dr. Paul Vogl übergab dem Gericht 115 Seiten von eidesstattlichen Erklärungen, in denen Bata's Angestellte und Arbeiter die Richtigkeit der von Philipp gemachten Angaben bestätigten. Alle diese eidesstattlichen Erklärungen stammen aus den letzten acht Wochen und es befinden sich darunter auch Aussagen von Beamten in gehobener Stellung, von Direktoren, Kontrollleuten, Verwaltern und Obermeistern. Nach den Mittheilungen der beiden Rechtsanwälte, die mehrere Stunden dauerten, verkündete die 7. Zivilkammer, daß sie die Beweisaufnahme schließe und den beiden Prozeßparteien im Laufe der nächsten Tage das Urtheil schriftlich zustellen werde. Wir können auf das Urtheil, das für die deutsche Schuhindustrie ebenso wichtig ist, wie für die deutsche Schuhindustrie, zu gegebener Zeit zurück.

## Die Todeschiene.

Auf dem Bahnhof Halensee ereignete sich gestern nachmittags ein eigenartiger Unfall. Der 45jährige Lokomotivheizer Otto Köhler, aus der Friedrichstraße 19 in Dichtenberg, kam beim Verlassen der Maschine mit einem Feuerhaken, den er in der Hand hielt, mit der elektrischen Stromchiene in Berührung. Er erlitt dabei lebensgefährliche Verbrennungen und mußte durch die Feuerwehr ins Westend-Krankenhaus gebracht werden. Beim Fensterputzen stürzte der 62jährige Fensterputzer Wilhelm Schmiede aus der Fehrbelliner Straße 82 aus beträchtlicher Höhe von einer Leiter. Sch. wurde mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

## Verbesserungen im Straßenbahn-Ringverkehr.

Vom 15. November d. J. ab werden die bisherigen Linien 11 und 52 durch Verbindung im Westen über Charlottenburg, Berliner Straße, Laurogener Straße, Kaiserin-Augusta-Allee, Beusselstraße und im Südosten vom Bahnhof Neutölln über Bergstraße und Brih, Rudower Straße bis Buschtrug zu einem Ring zusammengeschlossen. Die neue Linie erhält die Bezeichnung „Südring“ (die bisherigen Linien 11 und 52 kommen in Fortfall). Vom gleichen Tage an wird die Linie 3, Großer Ring von der Turmstraße statt durch die Beusselstraße über Huttenstraße, Wiebestraße, Kaiserin-Augusta-

Allee geführt und die Linie 63 vom Steiner Bahnhof über Invalidenstraße, Kriminalgericht, Köthenower Straße, Turmstraße bis zur Gostowskystraße verlängert.

## 30 Personen erblindet.

Nach dem Genuß von giftigem Schaffleisch.

Haifa, 13. November.

Schwere Folgen hat der Genuß eines von einer giftigen Schlange gebissenen Schafes für die Bevölkerung eines arabischen Dorfes in der Nähe von Safed gehabt. 30 Personen erblindeten nach dem Genuß von rohem Fleisch des getödteten Tieres und erkrankten zum größten Teil lebensgefährlich. Mehrere Erkrankte sind unter heftigen Schmerzen gestorben. Die ärztliche Untersuchung des Falles hat das merkwürdige Phänomen ergeben, daß diejenigen Personen, die das Fleisch des infizierten Tieres in gekochtem oder gebratenem Zustande genossen hatten, von den Vergiftungserscheinungen gänzlich verschont geblieben sind.

## Ein kurzes Vergnügen.

Vor dem Landgericht Berlin I wurde die Ehe des Dr. Benvenuto Hauptmann, des Sohnes von Gerhard Hauptmann, mit der früheren Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe für nichtig erklärt. Die Ehe hat nur wenige Monate gedauert.

Friedrich Brunke, ein Veteran der Arbeit, begeht heute seinem 80. Geburtstag. Brunke schloß sich der Arbeiterbewegung an als er 1872 aus dem Kriege gegen Frankreich zurückkehrte. Der rüstige Alte läßt es sich auch heute nicht verdrießen, an allen Parteiarbeiten der 6. Abteilung teilzunehmen.

Zeugen gesucht! Am 13. Oktober, vormittags 7 1/2 Uhr, wurde ein Radfahrer (Gen. Schultze), Flughafenstraße 44e Berliner Straße in Tempelhof, von einem Auto überfahren und tödlich verletzt. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, ihre Adresse abzugeben bei Frau Schultze, Reutölln, Janottstraße 7.

Sprechchor für proletarische Feiertage, Donnerstag, dem 15. November, Übungsstunde in der Funktunde Potsdamer Str. 4, 4 Treppen. Kinder kommen um 18 1/2 Uhr, Erwachsenen um 19 1/2 Uhr. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

Die Forderungen der Verkehrswacht Berlin-Brandenburg. Der Direktor beim Landtag hat der Verkehrswacht Berlin-Brandenburg mitgeteilt, daß die Eingaben der Verkehrswacht Berlin-Brandenburg dem Ausschuß des Landtages für die Verkehrsinteressen überwiesen wurden. Es handelt sich bei diesen Eingaben bekanntlich um das Verbot der Gehäuserichtungsangeiger, Abschaffung des Sommerweges und Verbot der Reuberstellung von Altpfahlfahrern mit glatter Oberfläche. Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg, deren Geschäftsstelle Berlin SW. 61, Bismarck 61, bittet, ihr auf obige Eingaben irgendetwas bezügliche Mittheilungen, wie Meinung von Unfällen und dergleichen, zukommen zu lassen, damit die Verkehrswacht dem Preussischen Landtag mit weiterem Material versorgen kann. An der Reichsanfallüberwachungsstelle wird sich die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg aktiv beteiligen.

**Warum** immer Hochleistungs-Klasse-Spezial-Sonder-Typen? Wählen Sie den Wagen zum Fahren den unvergleichlichen

**Adler Standard 6**

INTERNATIONAL AUTOMOBIL-AUSSTELLUNG BERLIN 1928, HALLE 1, STAND 11.

ADRESSE: PROFFENHAGEN-UNTERLAGEN-BERTHOLD-WILCOFF

Adlerwerke Filiale BERLIN

## Kennen Sie schon alle Sorten von MAGGI'Suppen?

Blumenkohl  
Eier-Buchstaben  
Eier-Nudeln  
Eier-Sternchen

Erbs  
Erbs Schinken  
Erbs Speck  
Grünkern

Königin  
Mockturtel  
Schenschwanz  
Pilz

Reis  
Reis-Tulienne  
Reis-Tomaten  
Rumford

Spargel  
Tapioka, echt  
Tomaten  
Windsor usw.

Alle MAGGI-Suppen schmecken gut - Sie werden zufrieden sein -







# Die kommenden Staatsberatungen.

## Der Reichshaushaltsausschuß tritt zusammen.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt nahm am Dienstag in Anwesenheit des Reichstagspräsidenten Löbe und der Minister Hilferding, Stresemann und Curtius seine Beratungen auf. Seit seinem Bestehen zum erstenmal wird der Haushaltsausschuß in der laufenden vierten Wahlperiode in der Sitzung von 35 Mitgliedern tagen. Die Vermehrung von 23 auf 35 Mitglieder ist dadurch notwendig geworden, daß der Haushaltsausschuß aufgehoben und die Aufgabe der Rechnungsprüfung dem Haushaltsausschuß übertragen worden ist.

Der Ausschuss wendete sich zunächst der Erledigung geschäftlicher Dinge zu, und es fiel allgemein auf, mit welcher Schärfe die internationalen Regelungen widerprochen, die bisher fast unanfechtbar und unter ihrer vollen Zustimmung getroffen worden waren. Nach längerer Debatte wurden jedoch mit großer Mehrheit alle Vorschläge des Vorsitzenden genehmigt und u. a. zwei händige Unterausschüsse eingesetzt, von denen der eine als händiger Unterausschuß fungieren und alle ihm vom Plenum des Ausschusses zugewiesenen Angelegenheiten vorbereiten soll, während der zweite die Rechnungsprüfung für den Haushaltsausschuß vorzubereiten haben wird. Im weiteren Verlauf der Sitzung besprach der Ausschuss in vertraulicher Verhandlung einige Punkte von der Reichsregierung zugeleitete Vorlagen.

Besprochen wurde ferner auf Befürwortung des Außenministers Dr. Stresemann und Dr. Reichsheim (Soz.) die sogenannte **Emelta-Angelegenheit.**

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding legte dar, daß es sich nicht um die Subvention eines nolleitenden Unternehmens handelt; die finanzielle Auswirkung sei gering, bedeutend aber die politische. Sie wolle verhindern, daß in der Filmindustrie sich ein Monopol herausbilde. Deshalb wüßte die Regierung die Gelegenheit zu benutzen, die ihr die Abwicklung der Phosabund-Angelegenheit gewähre, einen bestimmenden Einfluß auf die Emelta zu gewinnen. Redner legt dar, wie es jetzt möglich sei, dem Reich unter Beizritt zu einem Pool eine Beteiligung von etwa 80 Proz. zu sichern mit etwa nur zwei Millionen Reichsmark neuer Aufwendungen des Reiches. Kulturpolitisch sei das wichtigste finanzielle Interesse liegt bei den Herren, mit denen das Reich zusammengehen wolle, nicht vor; sie hätten die Möglichkeit, heute schon mit dem Ausland abzuschließen, wenn das Reich sich nicht entscheidet.

Hg. Dr. Cremer (D. Sp.) bemerkte, daß das Reich wohl ein staats- und kulturpolitisches Interesse an dieser Transaktion habe. Er fürchte aber, daß das Reich später weitere Aktien übernehmen müsse, da bisher nur 47 1/2 Proz. des Aktienbesitzes Reichseigentum sei. Hg. Erling (Z.) gab der Befürchtung Ausdruck, daß wegen der mangelnden 3 1/2 Proz. an der Mehrheit der Aktien das Reich vielleicht später noch überfordert werden könne. Das Reich müsse versuchen 5 1/2 Proz. zu bekommen, wie beim Radio. Da sich bei dem Einfluß des Reiches auf den Film wünschenswert: es müsse eine Sicherung gegen Mißbrauch getroffen werden.

Auf eine Anfrage des Hg. Reich (Bauer, Sp.) leitete Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die Bestimmungen des Vertrages mit dem Kontraktum mit, die dem Reich kein Bestimmungsrecht in dem Unternehmen und in der Stellung sichere. Hg. Dr. Schreier (Z.) bemerkte die Auseinandersetzung der kulturpolitischen Gesichtspunkte, die für diese Erwägung maßgebend seien.

Hg. Dr. Duanh (Dnat.): Man wolle das Filmwesen jenseits des Ozeans, das laufe auf eine parteipolitische Ausnutzung des Films hinaus, wie die des Radio, für die der Reichsfinanzminister einen Beweis geliefert habe. Die Ueberwindungsfähigkeit dieser Aktien sei bis 1931 ja ausgeschlossen. Er habe einen Beschluß in diesem Augenblick für unnötig, er würde eine Unterbühnung des Parlamentes bedeuten.

Reichsinnenminister Severing erwiderte auf die Vorkredner, in der Kriesszeit habe das Reich sich bereits an Filmgesellschaften beteiligt. (Zuruf des Hg. Dr. Duanh (Dnat.): Haben wir Krieg?) Die kulturelle und staatspolitische Einwirkung ist heute noch mindestens so notwendig wie in der Kriegszeit, uns eine Notwehr gegen Privatmonopole und einen geistigen Schutz zur Sicherung der Republik zu verschaffen und zu versuchen, die Filme auf ein höheres künstlerisches Niveau zu bringen. Die Filmvorstellungen der letzten Jahre sind nicht besser geworden. In das Klagefeld der späten Information möchte ich einstimmen. Die beiden federführenden Reformen sind das der Finanz und der Wirtschaft. Ich habe aber gern die Gelegenheit ergriffen, mitzutun, denn das Reichsministerium hat auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Bildungsmöglichkeiten in jeder Weise einmal an das Reich herangebracht werden und die Sicherungen gegen Mißbrauch weit genug gehen. Ich bin auch erst gestern mit der Sache beschäftigt worden, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn der große Zweck erreicht wird, psychische Sicherung der Republik, staatspolitische Sicherung und kulturelle Sicherung, darf man nicht bei jedem nehmlichen Unternehmen nach dem Urteilszeugnis fragen, sondern darauf aufmerklos machen, welchen Wert eine solche Einrichtung hat. Vom Standpunkt meines Referats begrüße ich die Vorlage, die eine Filmpolitik des Reiches ermöglicht. Diese wird keine Sozialisierung sein und keine Beeinflussung zu parteipolitischen Zwecken. Und wenn auf meine Rede im Radio angezietelt wurde, so möchte ich bemerken, daß ich mit dem Reichsstaatsminister eine politische Funktion verübt habe, die künftig allen Parteien — ohne Anstöße auf die anderen Parteien — zur Verfügung stehen wird. (Zuruf bei den Kommunisten: Mit Ausnahme der Kommunisten?) Wenn Sie für die Sowjet-Republik Propaganda treiben wollen, wird Ihnen die Filmzensur das nicht erlauben. Wenn aber das Reichsinnenministerium künftig durch diesen Vortrag eine Entscheidung auf die Filmproduktion hat, wird dieser nicht in einseitiger parteipolitischer Weise penibtrahiert, sondern es werde der Film auf größere künstlerische Höhe gebracht werden.

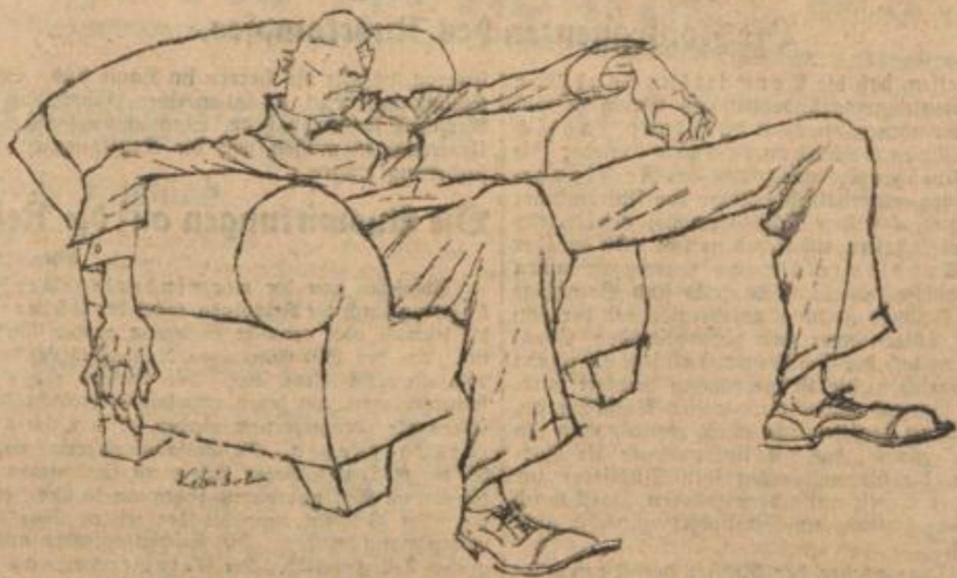
Die weitere Aussprache beschäftigte sich mit den Grenzen, die einer Filmpolitik des Reiches gezogen sind. Nach weiterer teilweiser vertraulicher Aussprache wurde die Fortsetzung der Besprechung und die Beschlußfassung auf Mittwoch vertagt.

# Glückwunsch des Reichstags.

## An Deutschösterreich.

Dem Präsidenten des Nationalrates in Wien, Niklas, ist folgendes Telegramm zugegangen:  
Aus Anlaß des zehnjährigen Gründungstages der Republik Österreichs sendet im Gefühl freier Stammesverbundenheit und in der Bewußtheit einer gemeinsamen Zukunft unseres Volkes herzlichsten Glückwunsch.  
Paul Löbe, Reichstagspräsident.

# Ein Philosoph.



„Da entrüßten sich die Leute über die Aussperrung. Verstehe ich nicht. Ich tu seit Jahren nichts und fühle mich großartig dabei...“

# Außenpolitik im Unterhaus.

## Lloyd George greift an — Baldwin verteidigt sich. — Wortwechsel über die Rheinlandräumung.

London, 13. November. (Eigenbericht.)

Die große Aussprache über die Politik der konservativen Regierung wurde am Dienstag im Unterhaus mit einer Rede

Lloyd Georges

eröffnet, die den liberalen Expremierminister in seiner besten Form zeigte und eine vernichtende Kritik der jüngsten außenpolitischen Aktionen der Regierung Baldwin darstellte. Lloyd George bezeichnete einmündig den Plattenpakt mit Frankreich als einen „bedenklichen Kompromiß zu den Locarno-Verträgen“, deren wirklicher Wert lediglich aus ihrer Wirkung auf das Entwaffnungsproblem erkannt werden würde. Seit Locarno sei die Bewaffnung Frankreichs, Italiens und Großbritanniens nicht vermindert, sondern vermehrt worden. Lloyd George kritisierte dann die Art und Weise des Zustandekommens dieses Kompromisses und stellte insbesondere fest, daß es die Regierung nicht einmal für notwendig gehalten habe, Darföland vom Zustandekommen dieses Kompromisses zu verständigen. Selbst wenn das Plattenkompromiß ausgegeben sei, wüßte die Regierung für ein gut Teil der in der Welt auftretenden Mißverständnisse verantwortlich gemacht werden. Lloyd Georges Polemik gegen die Regierung war besonders wirkungsvoll, als er die von Großbritanniens Frankreich gegenüber gemachten Konzessionen in der Frage der ausgebildeten Arbeiter verurteilte und der Zustimmung Ausdruck verlieh, daß diese Konzessionen im Gegensatz zu den letzten in Verfallens abgegebenen Versicherungen stehen.

Vor Beginn der außenpolitischen Debatte hatte der Abgeordnete der Arbeiterpartei,

Kennworthy,

die Regierung hinsichtlich der in Rheinland ergangenen telegrafischen Urteile wegen Sünden von „Deutschland über alles“ interpelliert. Der Kriegsminister stellte in seiner Antwort fest, daß der Bevölkerung von der britischen Presse keine derartige Behauptung auferlegt sei. Die bestehenden Regelungen seien von der instabilisierten Rheinlandkommission vorgekommen und bereits kurz nach Schaffung dieser Kommission in Kraft gesetzt worden. Auf Grund von deutschen Vorstellungen seien jedoch im Jahre 1924 gewisse Erleichterungen eingetreten. (Aber Beratungen sind democh gerade von britischen Kriegsgerichten erfolgt, wofür in Wiesbaden der Lokale die Nachricht der Bordung des Zeppelins in Vorkurs mit dem Deutschland-Lied begrüßt wurde! Red.)

Baldwin

antwortete: Wir hätten gewünscht, die Länder mit allgemeiner Dienstplicht zu unserem Standpunkt zu bekehren. Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß uns dies gelingen wird. Wir können keinen Zwang ausüben, wir können es nur durch Ueberredung versuchen. Frankreich betrachtet die allgemeine Dienstplicht als wesentlichen Teil der Demokratie. Sie ist in der Zeit der Revolution entstanden. Das „Volk in Waffen“ wurde von dem großen Sozialistenführer in Frankreich, Jaurès, befürwortet. Frankreich wehrt sich gegen den Gedanken eines kleinen Berufsheeres nicht nur im Hinblick auf auswärtige Feinde, sondern auch aus Beforgnis vor einem Staatsstreik.

Die ganze Arbeit des Kommissars ist umsonst gewesen, und die erreichte Vereinbarung ist jetzt fallengelassen worden. Wir haben

alles wieder von vorne

anzufangen. Baldwin bestritt, daß die Besprechungen sich gegen irgendein anderes Land gerichtet hätten. Er erklärte weiter:

In der Rheinlandfrage

ist die britische Haltung immer die gleiche gewesen und wir wünschen, daß das Rheinland geräumt werde, aber wir können die Räumung nicht erzwingen. Eine Zurückziehung der britischen

Truppen allein würde die Schwierigkeiten vielleicht noch vermehren. Aber ich glaube, es besteht eine wirkliche Hoffnung darauf, daß diese Frage in nicht allzu langer Zeit geregelt wird.

Die Räumung ist nach Ansicht gewisser Signalarmbände eng verbunden mit der Reparationsregelung.

Lloyd George sagte: Das steht nicht im Verträge. Es ist niemals beabsichtigt gewesen, daß die gesamten Reparationsverpflichtungen vor der Räumung des Rheinlandes erfüllt sein sollten. (Zwischenruf: Wer hat denn das auch behauptet?) Die einzige Frage ist, ob Deutschland seine Verpflichtungen gemäß dem Friedensvertrag erfüllt. In dem Augenblick, wo wir festgestellt haben, daß es sie erfüllt, waren wir zur Räumung verpflichtet.

Baldwin erwiderte: Es ist in Frage gestellt worden, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Ich sage nicht, daß wir diese Auffassung auch mit einem Augenblick geteilt haben (??) Ich weise nur darauf hin. Die vorgesehene Ausschüsse sollen jetzt ernannt werden, und ich glaube, so weit gehen zu können, zu sagen, daß im jetzigen ersten Stadium der Verhandlungen zwischen den Mächten über diese Frage ein Geist und ein Wunsch gezeugt worden ist, eine Regelung zu erreichen, die, wie ich hoffe, das letzte störende Ueberbleibsel der Kriegszeit durch die Räumung des Rheinlandes liquidieren wird.

Der Schluß der Rede Baldwins bezog sich auf das in Amerika durch das Kompromiß entstandene Mißtrauen. Nachdem Präsident Coolidge davon gesprochen hat, daß Europa und den Vereinigten Staaten besteht, scheint es mir richtig, mich darüber zu äußern. Ich glaube, Präsident Coolidge hat recht. Ich bedauere es tief, aber die Ursache zu nennen ist sehr schwer. Alle europäischen Staatsmänner haben sich daran gewöhnt, in Geseit zusammenzutreffen und dort Aussprachen zu haben, durch die sie ihre gegenseitigen Ansichten erlernen. Die amerikanischen Staatsmänner kennen die europäischen Staatsmänner nicht, und die europäischen Staatsmänner kennen die amerikanischen nicht. Wir verstehen nur auf telegraphischem Wege miteinander. Unter solchen Umständen ist es viel schwerer, zu einer gegenseitigen Verständigung zu kommen.

# Die Nobelpreise für Literatur.

## Bergson und Undset.

Die Schwedische Akademie der Wissenschaften hat den Nobelpreis für Literatur für das Jahr 1927 dem Mitglied der Academie française Henri Louis Bergson und den Literatur-Nobelpreis für 1928 der norwegischen Dichterin Sigrid Undset zuerkannt.

Wenn der Franzose Bergson einen Teil des Preises erhielt, so wird durch diese Ehrung nicht ein Mann belohnt, der zu den phantastischen Schriftstellern, zu den Epikern, Erzählern oder Dramatikern gehört. Doch Bergson ist ein Psychologe der Phantasie. Obwohl er es leugnete, ist er ganz abhängig von jener fantastischen Intuitionstheorie, die in dem Denken alle Erfindungskraft ansiedelt und nicht die Realität der gegebenen Welt als die Ursache anerkennt, die erst die Gedanken des Menschen befreit. Die Fragestellung lautet bei Bergson genau wie bei Kant: Sind die Gedanken eher als der Denker, ist das Licht eher als das Auge? Dieses logische Problem wird von Bergson vielfach ästhetisch vertieft in seinen Werken „Die unmittelbaren Gegebenheiten des Geistes“ und „Die schöpferische Evolution“. Bergson ist übrigens kein reinblütiger Franzose. Er kam, wie die große Forscherin Madame Curie, aus Warschau nach Paris und wurde dort anfänglich und berühmt als ein sehr geistvoller Erzähler der phantastischen Jugend und außerordentlich großzügiger Stilist.

Die Norwegerin Sigrid Undset ist die zweite skandinavische Frau, die den literarischen Nobelpreis empfängt. Seitdem Ellen Key tot ist und auch Selma Lagerlöf nur noch von ihrem alten Ruhme lebt, geriet Sigrid Undset immer mehr in den Vordergrund. Sie ist heute eine Frau von ungefähr 45 Jahren. Es wird erzählt, daß sie früh die Notwendigkeit kennenzulernen, ihr Leben selbst zu verdienen. Schon als Sekretärin in einem Industrieunternehmen schrieb sie ihre ersten Erzählungen, besonders Kindergeschichten, die viel Beifall fanden. Den größten Erfolg, der auch über die nordische Grenze hinausging, erwarb sie mit ihrer Romantrilogie „Kristin Lavransdatter“. Die Begebenheiten spielen zwar im 14. Jahrhundert, doch sind sie nur ein Mittel, um die sozialen Probleme unserer Zeit zu klären. Die feministische Frauenrechtlerin Sigrid Undset entwickelte sich immer mehr zur Propagandistin für gerühmte Bürgerlichkeit.

# „Mondnacht.“

## Vaufführung in der Städtischen Oper.

„Mondnacht“, Oper in drei Akten von Julius Bittner. Trotz unabwiesbaren Einwänden ein bühnenwirksames Werk, wenn auch nicht in allen Teilen gleichwertig. Ein zweifellosen Erfolg hat die Wiedergabe entscheidenden Anteil. Zum Schluß gelobte Hervortritt für den Dichterkomponisten, für Bruno Walter, Martin und alle Hauptdarsteller, voran Fidejfer, Bericht folgt.  
S. P.

# Sie haben es gewollt!

## Die Konsequenzen des Ruhrkampfes.

Wir wollen hoffen, daß die Vermittlungsaktion des Düsseldorfer Regierungspräsidenten von Erfolg gekrönt wird und die Unternehmer zu den tarifvertraglich festgelegten Arbeitsbedingungen wieder die Betriebe öffnen. Unabhängig davon kann das Rechtsverfahren weitergehen, einerseits die Klage der Unternehmer gegen die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruchs, andererseits die Klage der Gewerkschaften auf Schadenersatz. Ob darüber hinaus auch die Arbeitszeitfrage vorweggenommen wird, ist nicht ausschlaggebend. Jedenfalls sind Vorschläge wie der, den die „Vossische Zeitung“ wiedergibt und der von einem rheinischen Unternehmer der verarbeitenden Eisenindustrie ausgeht, wonach der Schiedsspruch einfach als nicht existierend angesehen, die Lohnhöhe halbiert wird, nicht diskutabel. Grotesk mutet ein zweiter Vorschlag an, der in demselben Blatt veröffentlicht wird, wonach man „in beteiligten Kreisen“ glaubt, daß die Unternehmer die Absperrung aufheben, die Gewerkschaften ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern würden, „weil durch das Urteil der ersten Instanz ein Streitobjekt zunächst nicht mehr vorhanden ist.“

Nachdem am Tage vorher der Redner der Kommunisten gegen das Schlichtungswesen zu Felde gezogen war, hat in der gestrigen Debatte der Redner der Deutschnationalen, dem die Kommunisten in andächtiger Stille zuhörten, für die Streikfreiheit eine ganze gebrochene. Vielleicht engagiert die KPD. Herrn v. Bindeiner als Redner in den „oppositionellen“ Versammlungen, wo es gilt, gegen die Gewerkschaften zu Felde zu ziehen. Dieses kommunistisch-deutschnationale Zusammenspiel überrascht schließlich niemand mehr.

Daß die Unternehmer auf jeden Fall ausrufen wollten, um zu demonstrieren, daß sie allein Herr im Hause sind, daß niemand, weder der Staat, noch die Gewerkschaften, noch die Arbeiter als Einzelperson da mitzureden haben, geht ja mit aller Deutlichkeit hervor aus der von dem Reichsarbeitsminister Genossen Wissell zitierten „Bergwerks-Zeitung“ vom 30. Oktober. Da wurden drei Möglichkeiten erörtert:

1. Es wird die Verbindlichkeitsklärung nicht ausgesprochen. Es würde ein tarifloser Zustand dann eintreten, und „es bliebe also nichts anderes übrig, als die Ausrufung durchzuführen.“

2. Der Schiedsspruch würde für verbindlich erklärt, in welchem Falle „man also als Folge die Ausrufung jedenfalls unterstellen“ müsse.

3. Der Reichsarbeitsminister eröffnet ein neues Verfahren, „so daß die Ausrufung auch in diesem Falle am 1. November unvermeidlich wäre.“

Die Unternehmer wollten auf jeden Fall ausrufen, um dem Staate, der Öffentlichkeit und den Arbeitern zu demon-

strieren, daß sie die Herren im Hause sind. Sie wollten das Schlichtungswesen ad absurdum führen und damit den Nachweis liefern, daß der Staat ihnen sonst was kann. Die Unternehmer müssen jetzt die Konsequenzen ihrer Herausforderung tragen.

## Die Auswirkungen auf die Reichsbahn.

Essen, 13. November.

Abgesehen von der verminderten Personenbeförderung durch die Reichsbahn, leidet der Güterverkehr durch die teilweise oder gänzliche Stilllegung großer Werke außerordentlich. Von den 1600 Güterzügen, die sonst täglich laufen, fallen jetzt 200, also 12½ Proz. aus. Der Verkehr von den sogenannten Hüttenstationen, von denen vorwiegend Produkte der Hütten- und Eisenwerke abtransportiert werden, ist um 50 bis 75 Proz. zurückgegangen. Die Großraumzüge mit den modernen 50- bis 60-Tonnen-Wagen sind zuerst ausgeschaltet worden. Auch die übrigen Wagentransporte haben um 15 Proz. abgenommen, da auf allen Gebieten angeichts der ersten Lage Einschränkungen vorgenommen werden. Die Geschäftsreisenden arbeiten jetzt zum großen Teil vergeblich. Der Gesamtverkehr im Rheinland beläuft sich im ganzen hiesigen Bezirk auf 18 bis 20 Proz.

## Auch Klöckner hat ausgesperrt.

WZB. meldet aus Düsseldorf: Nach Zeitungsmitteilungen soll der Klöckner-Konzern an der Ausrufung nicht beteiligt sein, da, wie auch der Abg. Stegerwald in seiner Reichstagsrede auf einen Zwischenruf bemerkt hat, keine Werke außerhalb des Ausrufungsgebiets liegen. Außerdem habe der Klöckner-Konzern bei den bekannten Beschlüssen der Unternehmer nicht mitgewirkt. Diese Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen. Die Klöckner-Werke A.-G., Abteilung Eisen- und Drahtindustrie, Düsseldorf, gehört dem Arbeitgeberverband Nordwest an und hat auch ausgesperrt. Die Beschlüsse von Nordwest sind unter Zustimmung aller dem Verbands angehörenden Werke gefaßt worden, auch mit Zustimmung des dem Vorstande angehörenden Vertreters der Klöckner-Werke.

## Der Lohnkampf in der Textilindustrie.

### Resultatlose Verhandlungen im Münsterland.

Für die Münsterländer Textilindustrie haben dieser Tage Parteiverhandlungen in Münster stattgefunden. Sie verliefen resultatlos. Es ist daraufhin von beiden Parteien der Schlichter angerufen worden. Die Forderung der Textilarbeiter besteht im wesentlichen in einer Erhöhung der Zeitlöhne von 60,5 auf 70 Pf. und einer Erhöhung der übrigen Löhne im gleichen Verhältnis.

## Rino und Klassenbewußtsein.

Vor dem „Erzstiller-Rino“ in Neufölln stehen zwei alte Zeitvertreiber, froh, daß sie endlich wieder einmal Gelegenheit haben ein paar Groschen zu verdienen. Das Theaterpublikum bilden hier Bürger und Proleten. Aber merkwürdig, seitdem jene Zeitvertreiber vor diesem Spielhaus stehen, belacht kein Arbeiter mehr das Rino. Man beobachtet, daß der einfach gekleidete Mann den zugedruckten Zettel liest und kehrt macht, während der besser gekleidete „Bürger“ den Zettel wohl durchliest, ihn aber formlos und ruhig in die Tasche versenkt, um sich der Theaterkasse zu wenden.

Der kritische Theaterbesucher merkt sofort, daß da etwas in Ordnung ist. Und was steht auf diesenzetteln?

„In den neueröffneten Lichtspielen „Erzstiller“, Neufölln, Koller-Friedrich-Str. 101, sowie in den Lichtspielen „Stier“, Hermannstraße, „Edenpalast“ und „Kudud“, beide an der Damm, „Kollkrug“, Hermannplatz, und in dem kleinen „U. L.“ Hohenheide, die sämtlich dem Baum-Konzern angehören, sind zum Teil noch unorganisierte Arbeiter beschäftigt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in diesen Theatern in keiner Weise geregelt. Die Direktion weigert sich, die Forderung des Deutschen Musikerverbandes anzuerkennen und einen Tarifvertrag abzuschließen. Deutscher Musikerverband.

Jetzt begreift man: Der Klassengenosse hat noch Stolz im Leber, er kann auf das Vergnügen verzichten, wenn es heißt, Farbe zu fressen.

## Die Republik gefällt ihm nicht.

Der Inhaber der Firma Baer u. Co. Kraußstraße 4, im Belfein seiner Arbeitnehmer wiederholt erklärt, die Sozialmänner und die Republik seien daran schuld, daß die Arbeiter so begehrt sei.

Dieser Arbeitgeber zahlt seinen Mechanikern Löhne von 10 und 12 Pfennig; Leberstunden, wenigstens drei täglich, sind fast Seltenheiten. Zuschläge werden dafür nicht gezahlt. In den letzten Tagen sagte der Herr einem Jungausgelernten, der keine Arbeit mehr finden konnte: „Früher, in der Zeit der Monarchie, man einem solchen Jungen einfach in die Presse schlagen in der heutigen Republik darf man derartiges leider nicht mehr tun.“

Das zuständige Gewerbeaufsichtsamt dürfte sich etwas mit dieser Firma beschäftigen, besonders wegen der Arbeitszeit.

## Zweierlei Maß bei der Firma Altstein.

In Anbetracht der bedeutenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist die Firma Altstein ihrer Arbeiterchaft durch Gewährung einer besonderen Zulage für die niedrigen Entlohnungen entgegengekommen. Leider wurde aber bei dieser Lohnhöhe die Belegschaft der Tochtergesellschaft, der Frdnr. Schowitz nicht mitbedacht. In zwei Veranlassungen hat sich die Belegschaft von Frdnr. Schowitz mit dieser Anwesenheit beschäftigt. Die stiefmütterliche Behandlung der Belegschaft von Frdnr. Schowitz hat nun eine große Unzufriedenheit und Erregung bei den Beteiligten hervorgerufen.

Hoffentlich gibt diese Beschwerde der Firma Veranlassung, auch den Wünschen der Arbeiterchaft ihrer Tochtergesellschaft entgegenzukommen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geertz; Wirtschaft: G. Ringelshaus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlhorn; Neulisten: R. S. Dehmer; Lokale und Sonstiges: Fein Karstadt; Anzeigen: Th. Glade; Sämtlich in Berlin; Verlag: Formarts-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Formarts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin; 25 Lindenstraße; hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

# WERTHEIM

Lepziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

# Billige Bücher

Modernes Antiquariat, Restauflagen, Neuausgaben Sowie Vorrat

## 25000 Bände Romane u. Werke der Weltliteratur

in Halbleinen mit farbigem Umschlag, teilweise in Leinen gebunden. Vorzügliche Geschenkwerke.

Über 60 verschiedene Werke namhafter Autoren. Besondere Gelegenheit für Leih- und Volksbibliotheken

Alexis, Die Hofen des Herrn von Verbois  
Amberger, Nattenstücke  
d'Aureville, Die Ceusischen  
Balzac, Die Frau von 30 Jahren  
Blei, Liebesgeschichten des Orients  
Cervantes, Don Quixote  
Egell-Berger, Der Komrad  
Dumas, Halsband der Königin  
Eichacker, Herr Willmann  
Erfst, Otto, Ein frohes Jahrespiel  
Erfst, O., Aus mein Sommergarten

Erfst, Otto, Frieden und Freude  
Erfst, O., Vom grüngoldnen Baum  
Flaubert, Madame Bovary  
Flaubert, Salambo  
Grienerstam, Geschichte eines Anzwicklichen  
Gretlacker, Ehlil  
Gretlacker, Unter dem Äquator  
Grimmelshausen, Simplicissimus  
Haarhaus, Der weidgerechte Pastor  
Habina, Kinder der Sehnsucht  
Heine, Buch der Lieder

Heinse, Aedighello  
Hoffmann, Der goldne Topf  
Hoffmann, Elxiers des Teufels  
Hoffmann, Nachtlück  
Huch, Peter Michel  
Huggenberger, Dorfgenossen  
Jacobson, Marie Grubbe  
Jacques, Robert, Helles Land  
Kapherr, Der Wald im Osten  
Keller, Züricher Novellen  
Kleist, Michael Kohlhaas  
Kurz, Holde, Ital. Erzählungen

Küssgen, Jugenderinnerungen  
Lantos, Gefährliche Liebeshofen  
Vand, Hans, Cyrannei der Schatten  
Luh, Moorgerächter u. Valschgespenster  
Mark Twain, Com Sawyer  
Meinhold, Bernsteinhexe  
Michaelis, Rachel van Grooten  
Murger, Bohème  
Philipp, Ch. L., Marie Donadies  
Poe, Seltene Geschichten  
Prévoft, Manon Lescaut  
Rosner, Der König

Scheffel, Ekkehard  
Seaisfeld, Kapitänbuch  
Soyka, Das heitere Leben  
Staudhal, Abtiffin von Castro  
Storm, Schimmelreiter  
1001 Nacht, Erzählungen  
Tollst, E. R., Rindheit  
Turgenjens, Väter und Söhne  
Wischer, Auch Einer  
Wilde, Bildnis des Dorian Gray  
Wilde, Märchen  
Zopp, Arthur, Die freie Frau

Jeder Band

65 Pf.

10 Bände 6 M nach Wahl

**Hearn, Lafcadio, Werke**  
in 6 Bänden.  
(Koloro, Lotos, Jurno, Kwaiban, Kuschu, Buddha)  
Eingel autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Bertold Franzos. Mit Zeichnungen von Emil Driß.  
Ganzleinen, im Karton, 6 Bände, statt 27 M nur **13 50**

**Friedrich Schleichermachers Briefwechsel mit seiner Braut.** Herausgegeben von Heinrich Weisner. Mit 2 Jugendbildnissen Schleichermachers. 2. Aufl. 414 Seiten. Halbleinen mit goldb. Titel- u. Rückenprägung statt 10 M **2 25**

**Stern, Fr. Wilh., Vom Stiff zum Handelsherrn.** Ein deutsches Kaufmannsbuch. 382 Seiten. Ganzleinenband statt 5 50 . . . nur **2 50**

**Hamsun, Knut, Das letzte Kapitel.** Roman. Uebers. v. E. Magnus. 625 Seiten. Ganzleinenband nur **2 85**

**Sue, Eugen, Der ewige Jude.** 810 Seiten. Mit zahlreichen Abbildungen nach den Holzschnitten v. Gavarni. Ganzleinenband statt 13 M nur **3 75**

**Sue, Eugen, Die Geheimnisse von Paris.** 782 Seiten. Mit zeitgenössischen Abbildungen von Daumier u. a. Ganzleinen statt 13 M . . . nur **3 75**

**Kleines Wilhelm-Busch-Album.** Samml. lustiger Bilder- u. Erzählungen m. etwa 450 Bild. u. farb. Goldst. v. W. Busch. 178 Seiten. Ganzleinen nur **3 80**

**Der kleine Brehm.** Das gesamte Tierreich in allgemeinverständlicher Darstellung. Ausgewählte Tierarten aus der 2. Auflage des Hauptwerkes Brehms Tierleben neu bearbeitet v. Dr. W. Kahle. 1927. 888 Seiten. Mit 118 Abbildung., 25 schwarzen und 4 farbigen Tafeln. Ganzleinen **3 35**

**Jessen, Peter, Der Ornamentstich.** Geschichte der Vorlagen des Kunsthandwerks seit dem Mittelalter. 384 Seiten. 227 Abbild. Halblein. statt 15 M nur **3 85**

**Richard Wagner. Sein Leben und Schaffen.** Von Gust. Ernest. 587 S. Mit 4 Bildn. u. d. Zeitmotiven sämtl. Werke als Beilage. Halblein. statt 9 M nur **3 85**

**Brieger, Lothar, Das Genrebild.** Die Entwicklung der bürgerlichen Malerei. Mit 195 Bildern (Gravüren, Gemälde und Abbildungen im Text). Format 28x20 cm. Ganzleinen statt 20 M **3 85**

**Doß, Prof. Dr. C. E. Das Buch vom gesunden u. kranken Menschen.**



Unt. Mitwirkung namh. Ärzte u. Naturforscher herausgegeben von Dr. med. Wilh. Karmner. Mit zahlreich. Abbildungen und 5 Farbtafeln.  
18. vollständig umgearbeitete und vermehrte Auflage.  
992 Seiten.  
Ganzleinenbd. statt 6 M nur **3 85**

**Graef, L., Die Elektrizität u. ihre Anwendungen.** 22. Aufl. 841 Seiten. Mit 758 Abbildungen. Ganzleinenband statt 11 M . . . nur **4 85**

**Graaf, Rembrandts Zeichnungen.** 50 Handzeichn. ausgew. M. Einleit. 2. Auflage. Ganzleinen statt 9 M **5 85**

**Seidlich, Woldemar v., Die Radierungen Rembrandts.** Mit einem kritischen Verzeichnis u. Abbildungen sämtlicher Radierungen. 1922. 278 Seiten Text, 80 Seiten Abbildungen. Halblein. statt 20 M . . . nur **9 50**

**Eichendorff, Joseph v., Romantische Novellen.** 296 Seiten. Mit Porträt des Autors in Gravüre. Einleitung von F. Lorenz. Halblein. nur **1 65**

**Goethe, Joh. Wlfg. v., Die Wahlverwandtschaften.** Herausgegeben von R. Alt. 209 Seiten. Mit Porträt in Gravüre. Halblein. nur **1 65**

**Eudwig, Otto, Zwischen Himmel und Erde. — Die Heiterkeit u. ihr Widerspiel.** Herausgeg. v. Arthur Cioffler. 470 Seit. Mit Porträt in Gravüre. Halblein. nur **1 65**

**Davidis Praktisches Kochbuch** für die gewöhnliche und feinere Küche. Mit besond. Berücksichtigung der Anfängerinnen u. angehenden Hausfrauen. 288 Kochrezepte nach den mod. Anforderungen neu bearb. u. herausgeg. von Marie Walter. Auf gutem, weißem Papier gedruckt. 360 Seiten Text und 4 Fleischtafeln. Anhang: Das Serviettenbrechen, mit 12 Abbildungen. Eleg. gebunden mit farbig. Titelbild **1 95**

# Im Zeichen der Hungersgefahr.

## Ernährungs- und Agrarkrise in Rußland.

In der Sowjetwirtschaft besteht keine Krise. Es besteht nur Teilschwierigkeiten. In der Industrie besteht überhaupt keine Krise. Es gibt wohl Schwierigkeiten, aber keine Krise in der Landwirtschaft, keine Krise in der Getreidewirtschaft. Schon jetzt beginnt in der Sowjetunion die quantitative Steigerung des Nahrungsmittelkonsums in qualitative überzugehen (statt Schwarzbrot mehr Weißbrot usw.).

Diese beruhigenden, fast prahlerischen Ausführungen Vargas auf dem vor kurzem stattgefundenen 6. Weltkongreß der Kommunisten sind freilich weniger Wahrheit als reine Dichtung. Sie sind offenbar darauf abgestellt, die westeuropäische Arbeiterschaft über die wirtschaftliche Lage in Sowjetrußland zu täuschen. Denn diese offiziell-optimistischen Behauptungen schlagen der Wirklichkeit direkt ins Gesicht. Statt der „quantitativen und qualitativen Steigerung des Nahrungsmittelkonsums“, von der in dem Vortrag Vargas auf dem 6. Weltkongreß die Rede war, ist dagegen eine „quantitative und qualitative“ Senkung der Volksernährung festzustellen. Die Ukraine, der Krim und ein beträchtlicher Teil des Nordkaukasus,

### also die Kornspeicher Rußlands,

sind infolge der Missernte durch die Hungersnot bedroht. Die Nord- und Westgebiete, wo die Landbevölkerung überwiegend die technische Kulturen (Flachs usw.), die Holzbeschaffung und die Butterproduktion treiben, befürchten gleichfalls schweren Brotmangel für den Winter. Aber am schlimmsten steht es mit der Nahrungsmittelversorgung in den Industriezentren. Das Brot wird dort wie in den Kriegsjahren rationiert und durch die verstaatlichten Genossenschaften nur unter den „Bertätigten“ verteilt. Dabei wird überall nicht das Schwarzbrot durch das Weißbrot, sondern umgekehrt — das Weißbrot durch das Schwarzbrot gänzlich aus dem Konsum verdrängt. Noch mehr — nach den Maßregeln der betreffenden Staatsorgane wird das Schwarzbrot durch den Zusatz von Mais- und Gerstemehl entschieden verschlechtert, was große Unzufriedenheit hervorruft.

Die Versorgung der Arbeiter mit Nahrungsmitteln wird je weiter desto mehr zu einer der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Sowjetregierung. Es ist eine besondere „Kommission für die Nahrungsmittelversorgung der Arbeiter“ bei dem Handelskommissariat gegründet. In der jüngsten Plenarsitzung dieser Kommission wurde festgestellt („Pravda“ vom 27. Oktober), daß die „Eigenschaften“ der diesjährigen Ernte eine Bedrohung für die

Bratverföhrung der Arbeiter bilden. Der Brotverbrauch müsse daher nicht nur „rationiert“ werden, sondern auch in erster Reihe auf die Bratverföhrung der Arbeiter eingestellt werden. Es wurde in derselben Plenarsitzung darauf hingewiesen, daß nicht nur die Brot-, sondern auch

### die Kartoffelverföhrung der Arbeiter

ungemein schlecht und unzulänglich organisiert sei. Das „Schlangestehen“ in den Morgenstunden führe zur Desorganisation der Arbeit in den Betrieben. Es wurde gleichfalls darauf hingewiesen, daß nicht nur die Arbeiter der großen Industriezentren, sondern auch die Bertätigten der Kleinstädte wie die Bauern und Handwerker in den Flachs-, Holz- und Buttergebieten mit Brot und mit anderen Nahrungsmitteln gleichfalls versorgt werden müssen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß nicht nur Brotmangel, sondern auch Mangel an Butter, Eier, Fleisch, Pflanzenöl, Salz und insbesondere Zucker überall zu merken ist. In der letzten Zeit hat sogar der Mangel an Petroleum und Holz für Küche und Defen stark zugenommen. („Pravda“ Nr. 251.)

Woher der Nahrungsmittel- und vor allem der Brotmangel? Nach den offiziellen statistischen Angaben wird die neue Ernte noch wie vor als „übermittel“ geschätzt. Die „Schwierigkeiten“ bei der Getreidereife werden durch die sowjetischen Wirtschaftsführer zum Teil auf die ungünstige geographische Verteilung der Ernte, zum Teil aber auf den

### spontanen „Getreidestreit“

der Bauern, insbesondere der „Kulak“ zurückgeführt. Die Ernte wird ungefähr auf 4,5 Milliarden Pud (1 Pud = 16,3 Kilogramm), die Getreidevorräte im ganzen Lande auf zirka 500 Millionen Pud geschätzt, was insgesamt ungefähr 5 Milliarden Pud ausmacht. Trotz dem gänzlichen Ausschleiden des Getreideporties wird nach den Berechnungen von J. S. W. („Pravda“ Nr. 252) etwa 100 Millionen Pud in diesem Jahre fehlen, um die Bratverföhrung der Stadtbevölkerung, der Industriearbeiter und der Roten Armee (470 Millionen Pud) wie der Bauern in den Gebieten der technischen Kulturen (120 Millionen Pud) zu sichern, da die Bauernschaft selbst ungefähr 4 1/2 Milliarden Pud verbraucht. Das Fehlen der 100 Millionen Pud Getreide glaubt Jakowlew auf dem Wege der entsprechenden Steigerung der Industrieproduktion um etwa 100 bis 150 Millionen Rubel zu beschaffen, da auf diese Weise die not-

wendigen 100 Millionen Rubel gegen die überschüssigen Industriewaren bereitgestellt werden können.

Über abgesehen davon, inwieweit diese aus der Luft gegriffenen Pläne der Produktionssteigerung um 150 Millionen Rubel über den Wirtschaftsplan bei der schweren Industriekrise und bei dem Rohstoffmangel berechtigt sind, muß darauf hingewiesen werden, daß die Schätzungen der Erntergebisse und der Getreidevorräte überhaupt übertrieben sind.

Das verlangsamte Tempo im Anwachsen der Anbaufläche ist eine Tatsache, die sogar die sowjetischen Wirtschaftler nicht verheimlichen können. Weit bleibt das Wachstum der Anbaufläche hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurück. Seit dem Jahre 1925 hat die Bevölkerung um 7 Proz., die Stadtbevölkerung sogar um 14 Proz. zugenommen. Dasselbe gilt für das Vieh. Dabei führt die bolschewistische Investitionspolitik auf dem flachen Lande zur fortschreitenden Parzellierung der Bauernwirtschaften und dementsprechend zur Verminderung des für den Markt bestimmten Getreideanteils.

Die Politik der forcierten Industrialisierung, zum großen Teil auf Kosten der Bauernschaft, führt unermesslich zu dem Zurückbleiben und zur Vermögenslosigkeit der Landwirtschaft, obgleich die bolschewistischen

### Vertreter der forcierten Industrialisierung

selbst zugeben müssen, daß die Gesamtentwicklung der russischen Volkswirtschaft und der „sozialisierten“ Industrie von der Entwicklung der Landwirtschaft abhängt. Inzwischen unterwühlt die Sowjetregierung mit ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik die landwirtschaftliche Grundlage der gesunden Industrialisierung. Die bolschewistische Preispolitik vernichtet bei dem Bauer jeden Willen zur Erweiterung und Verbesserung seiner Wirtschaft. Allein durch die berühmte „Preisbremse“ werden nach den offiziellen Angaben („Pravda“ Nr. 252) und 400 Millionen Rubel aus den Bauern herausgepreßt. In derselben Richtung wirkt die Steuerpolitik, die die Bauern völlig ruiniert. Der Rätepräsident Kassin hat in seiner Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets vom 18. September festgestellt, daß die neue Landwirtschaftsteuer in der Praxis als Vernichtung der bemittelten Bauern aufgefaßt und angewendet wird, was unermesslich „wenn auch nicht die Gegenrevolution, so auf jeden Fall die Unzufriedenheit auf dem flachen Lande erzeugt“. Dabei hat Kassin eine Fülle von Fällen angeführt, so z. B. daß bei einem Gesamtertrag einer Bauernwirtschaft von 1350 Rubel die Steuersumme 471 Rubel ausmachte! In vielen Gouvernements werden die Bauern in diesem Jahre nach den Angaben von Kassin zwei- bis drei-, sogar fünf- bis sechsmal höher besteuert als im vorigen Jahre.

Die Zwangsmaßnahmen bei der Getreidereifeungskampagne wurden zwar im Juni aufgehoben, aber der Links-



**VIM**  
putzt alles  
Was VIM putzt,  
blinkt wie Sonnenschein, was blind u. fleckig wird blank und rein.  
VIM macht nie Schrammen dazu ist es viel zu fein.  
VIM gibt allen Dingen, Reinheit und Glanz.

# Warum "Bewag-Vorföhrungs-Räume"?

Immer unentbehrlicher wird für die Hausfrau die Hilfe der Elektrizität in Küche und Haus, immer wichtiger wird für sie eine Stelle, wo sie sich frei von jeder Beeinflussung und ohne das lästige Gefühl des Verpflichtetseins über elektrische Geräte und alle damit zusammenhängenden Fragen unterrichten kann. Diese Stelle darf nicht die Aufgabe haben, elektrische Geräte zu verkaufen, sondern sie muß sich darauf beschränken, diese im Gebrauch vorzuführen und zu erklären. Die BEWAG-Vorföhrungsräume sind eine solche Stelle. Darum:

In den BEWAG-Vorföhrungsräumen am Schiffbauerdamm Ecke Luisenstraße am Anhalter Bahnhof im Europa-Haus am Zoologischen Garten im Capitolhaus am Hermannplatz Ecke Berliner Straße (ab 1.12.) werktägl. v. 8—8 Uhr kostenlose Vorföhrung elektrischer Geräte für Küche u. Haus. Kein Verkauf.

**BERLINER STÄDTISCHE ELEKTRIZITÄTWERKE A. K. T. - G. E. S.**

turs in der Agrarpolitik ist im großen und ganzen selbstlos. Er ist entschieden gegen die „individuellen“ Bauernwirtschaften nach wie vor gerichtet und auf die

### forzierte „Kollektivisierung“

der 25 Millionen privater Bauernwirtschaften eingestellt. Die „Kollektiven“ (Kollektive Wirtschaften) und „Sowchofen“ (Staatsgüter) werden energisch begünstigt gegenüber den individuellen Bauernwirtschaften. Derselbe Kalmir, der bekanntlich zu der „bauernfreundlichen“ rechten Richtung Njstows gehört, bezweifelt stark, ob die Kollektivisierung der Landwirtschaft in absehbarer Zeit ausgeglichen werden könnte, obgleich er die Notwendigkeit der Kollektivisierung offiziell anerkennt. Zwar wird nach dem Wirtschaftspläne 1928 bis 1929 etwa 1 Milliarde Rubel gegen 771 Millionen Rubel im Jahre 1927 bis 1928 in der Landwirtschaft investiert, aber die Krise der russischen Landwirtschaft kann nicht nur mit Geldauswendungen überwunden werden.

Die rechte Richtung in der KPSU, die die Verderblichkeit der forcierten Kollektivisierung und der von oben aufgezwungenen Kollektivisierung der Landwirtschaft anerkennt und die Erweiterung der NEP, besonders auf dem flachen Lande für unvermeidlich hält, wird durch die Stalinische Richtung

### als „kleinbürgerlich“ gebrandmarkt

und rücksichtslos bekämpft. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß Stalin unter dem Druck der Wirtschaftskrise, die mit Hunger und Währungssturz droht, eine neue Richtungslenkung vornehmen wird, um den aus einer Bauernbewegung erwachsenden Gefahren zu begegnen. P. G.

## Die Maschinenindustrie im Oktober.

### Maschinenbauanstalten meiden erstmalig Rückgang der Beschäftigung.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten ist schon seit Monaten bemüht gewesen, den Eindruck einer erheblichen Verschlechterung der Konjunktur in der Maschinenindustrie hervorzuheben. Was man davon zu halten hat, erfährt man aus dem jetzt veröffentlichten Oktoberbericht, der für den Monat Oktober zum erstmalig auch einen Rückgang der Beschäftigung feststellt, der allein für die konjunkturelle Lage eines Industriezweiges maßgebend ist. Wenn seit dreiviertel Jahren bereits von heraufenden und untergehenden Stellen mit der Behauptung von dem ständigen Rückgang der Konjunktur Zweckpolitik betrieben worden ist, so zeigt die Feststellung des VDMZ zum mindesten, daß die Maschinenindustrie im Durchschnitt noch keinen Anseh hatte, von einem wirklichen Rückgang der Konjunktur zu sprechen.

Die in- und ausländischen Aufträge der Käufer der Maschinenindustrie waren im Oktober noch zahlreicher als im September. Des Auslandsgeschäfts drohte sogar eine geringe Zunahme der Aufträge, während für die Inlandsaufträge eine abermalige Senkung festgestellt wird. Der Beschäftigungsgrad in der Maschinenindustrie wird als gedrückt bezeichnet. Wertzeugmaschinen, Dampfmaschinen, Textilmaschinen, Landmaschinen, Bergwerks- und Hüttenmaschinenindustrie waren mit dem Auftragszuwachs im Oktober unzufrieden. In der Druckmaschinenindustrie und im Papierverarbeitungsmaschinenbau war die Lage nicht schlechter. Die Erzeuger von Strickmaschinen, Pumpen und Kompressoren berichten von besserer und gleichgebliebener Geschäftslage.

Daß der Oktoberbericht des VDMZ sich wieder im Sinne der Ruhrkreise zum Eisenkampf äußert, ist nicht verwunderlich. Selbstkostensteigerung und die Konjunkturlage im Maschinenbau lassen keine weitere Befassung zu, so wird behauptet, und die im Oktober zum erstmalig eingetretene Verschlechterung des Beschäftigungsgrades wird vom VDMZ für die Feststellung in Anspruch genommen, daß sie ein Beweis für die Berechtigung seiner Warnungen in konjunktureller Hinsicht anzusprechen seien. Hier werden wieder Konjunkturmomente in unzulässiger Weise vom VDMZ so interpretiert, als ob sie ohne weiteres Lohn- oder sozialpolitisch verursacht wären. Wenn die Konjunktur, wie der VDMZ immer behauptet hat, schon sehr lange rückgängig war, so ist die Beschäftigung in der Produktionsmittelindustrie in erster Linie zurückgegangen infolge des konjunkturellen Abstiegs, nicht aber aus Lohn- oder sozialpolitischen Gründen. In dem der VDMZ zu viel beweisen will, macht er immer deutlicher, daß seine wirtschaftliche Berichterstattung in der Tat zweckpolitischen Absichten dient. Ein schlechtes Zeugnis für den VDMZ, für das aber nicht uns die Verantwortung trifft.

## Wer viel hat, dem wird gegeben.

### Freigabegelder für die Zementindustrie.

Aus dem Strom der anwerfbarsten Freigabegelder sind jetzt auch der Portland-Zementfabrik Hemmoor in Hannover 1,7 Millionen zugewiesen. Da die Gesellschaft diese Summe nur mit einer Forderung von 500.000 M. in ihre Bilanz eingeleitet hatte, wird sie also weit über eine Million zur freien Verfügung haben.

Wie die meisten Zementfabriken, steht auch die Hemmoor-Gesellschaft finanziell glänzend da, was aber die Vermutung nicht hindert, gegen ihre Belegschaft so rigoros wie möglich vorzugehen. In ihrem Geschäftsabschluss für 1927 erzielte diese Gesellschaft bei einem Kapital von 3,7 Millionen einen Reingewinn von 1,08 Mill. Mark, der einer Dividende von 28 Proz. entspricht. Da die Gesellschaft sich damit begnügt, ihre Dividende nicht über die schon sehr hohen Vorjahrsdividenden von 15 Proz. zu steigern, konnte sie rund 300.000 M. als Reserven anhäufen. Auch an Betriebsmitteln hatte das Unternehmen Ueberfluß, denn einem Bankguthaben von weit über 2 Millionen standen an laufenden Schulden nur 0,88 Mill. Mark gegenüber. Die Gesellschaft, die sozusagen im Gelde schwimmt, wird jetzt nicht um eine Verbesserung der miserablen Lage ihrer Belegschaft herumkommen. Im übrigen würde eine Lohnerhöhung für die Zementarbeiter auch nur teilweise die Opfer ausgleichen, die gerade von den Belegschaften in diesem Industriezweig in der Rationalisierungszeit gebracht wurden.

## Entwicklung der Gemeindesteuern.

### Eine neue Veröffentlichung aus der Reichsfinanzstatistik.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ als weiteres vorläufiges Ergebnis der Reichsfinanzstatistik die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26. Der sechsten im ersten Novemberheft erschienenen Teil A behandelt zunächst nur die Steuereinnahmen. Eine Beurteilung der Einnahmementwicklung ist natürlich erst möglich, wenn die noch fehlende Veröffentlichung der Ausgabenentwicklung erfolgt sein wird.

Die Gesamteinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (Kreis- und Provinzialverbände) weisen eine Steigerung von 1510,8 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1913/14 auf 3176,1 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1925/26 auf. Die Steuereinnahmen haben sich also nominal um fast 95 Proz. erhöht, was einer Steigerung von 26,80 Mark auf 52,25 Mark je Kopf der Bevölkerung entspricht. In diesen Gesamteinnahmen sind die Gemeindeverbände 1925/26 mit 13,8 gegen 6,1 Proz. im Jahre 1913/14 beteiligt.

Die überragende Bedeutung der Großstädte kommt bei der Verteilung der Gesamteinnahmen zum Ausdruck. Sie waren schon 1913/14 mit 612,7 Millionen Mark Steuereinnahmen zu 43,2 Proz. und sind 1925/26 mit 1214,8 Millionen Mark zu 44,8 Proz. an den gesamten Steuereinnahmen beteiligt.

Betrachtet man die Verteilung des Steueranfallens der Gemeinden auf die einzelnen Größenklassen, so ist die auffallendste Erscheinung eine völlige Veränderung der Bedeutung der Einkommensteuer für den Gemeindehaushalt. Während 1913/14 die Einkommensteuer nur 30,7 Proz. der gesamten kommunalen Steuereinnahmen betrug, waren es 1925/26 nur noch 27,3 Proz. Eine ganz andere Entwicklung hat die Grund- und Gebäudesteuer genommen. Diese Steuer ist seit der Reichsfinanzreform von 1919/20 in erheblich höherem Maße als vor dem Kriege von den Gändern in Anspruch genommen worden. Sie weist daher bei den Gemeinden nur eine verhältnismäßig geringe Ertragssteigerung auf. Diese Steigerung verteilt sich auf die verschiedenen Größenklassen der Gemeinden höchst ungleichmäßig. So weisen die Gemeinden zwischen 5000 und 10.000 Einwohnern, die 1913/14 die kleinste Einnahme je Kopf hatten, jetzt das stärkste Anwachsen je Kopf der Bevölkerung auf, während die Großstädte die geringste Einnahmesteigerung pro Kopf ihrer Bevölkerung zeigen.

Wieder ein anderes Bild zeigt sich bei der Entwicklung der Gewerbesteuer. Sie hat unter sämtlichen Gemeindesteuern die größte Steigerung erzielt, nämlich von 157,7 Millionen Mark 1913/14 auf 463,3 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1925/26. Die größte Steigerung je Kopf der Bevölkerung weisen hier die Gemeinden zwischen 5000 und 30.000 Einwohnern auf, denen die Großstädte an zweiter Stelle folgen, während die Gemeinden zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern die geringste Einnahmevermehrung haben.

Eine bemerkenswerte Änderung hat das Steuersystem der Gemeinden durch die Schaffung der Gebäude-Einkommensteuer (Hauszinssteuer) erfahren. Diese Steuer bedingt mit ihrem Aufkommen von 428,1 Millionen Mark nicht weniger als 15,8 Proz. sämtlicher Steuereinnahmen; sie entspricht aber auch am stärksten einer in der Vorkriegszeit unbekanntenen neuen Ausgabe der Gemeinden. An ihr sind überwiegend die großen Gemeinden beteiligt von mehr als 25.000 Einwohnern, während die Steuer im übrigen den Kreisverbänden zufließt. Anders wärde sich

die zweite neue Steuer, die Umsatzsteuer aus, die mit 7,1 Proz. am Gesamtsteueraufkommen der Gemeinden 1925/26 beteiligt war. Da ihre Verteilung nach der Zahl der Einwohner vorgenommen wird, verteilt sie sich ziemlich gleichmäßig auf sämtliche Größenklassen der Kommunen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Einkommensteuer zusammen mit den Realsteuern, die 1913/14 im Mittelpunkt der kommunalen Steuerwirtschaft aller Größenklassen der Gemeinden stand, diesen Platz 1925/26 nur noch für die Gemeinden unter 5000 Einwohnern behauptet hat. Die entstandene Lücke wird in den größeren Gemeinden in erster Linie durch die Hauszinssteuer ausgefüllt, was zu den bereits erwähnten Strukturänderungen zwischen den einzelnen Größenklassen geführt hat. Die Hauszinssteuer ist nach gesetzlicher Vorschrift zum Teil zur Förderung der Baulätigkeit zu verwenden. Die Gemeinden von 25.000 Einwohnern aufwärts haben 1925/26 10,4 bis 14,9 Proz. ihrer Gesamteinnahmen für Wohnungszwecke verwendet. An Stelle der kleineren Gemeinden haben die Kreisverbände diese Aufgabe erfüllt, so daß Gemeinden und Gemeindeverbände 1925/26 etwa 10,8 Proz. ihrer sämtlichen Steuereinnahmen für Wohnungsbauten verbrauchten.

Genauer über die Bedeutung dieser Steuer für den Gemeindehaushalt wird sich nach Veröffentlichung des zweiten Teils erkennen lassen, in dem die Ausgaben erfaßt sind.

Große Gewinnsteigerungen im Aussparungsgebiet. Die mit dem Krupp-Konzern durch Interessengemeinschaft verbundene Westfälische Drahtindustrie A. G. in Hamm zahlte zwar für das abgelaufene Geschäftsjahr 1927/28 nur die Vorjahrsdividende in Höhe von 5 Proz., jedoch übertrifft allein der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn mit 626.000 M. den des letzten Jahres um rund 33 Proz. Außerdem wurden die Abschreibungen auf die Wertanlagen um 170.000 auf 790.000 M. heraufgesetzt, so daß der Ertrag der Gesellschaft sich gegenüber dem letzten Betriebsjahr um fast 70 Proz. erhöht hat. Nach dem Geschäftsbericht konnte die Gesellschaft ihren Umsatz auf die Höhe der letzten Vorkriegsjahre bringen, was allerdings in der Hauptsache auf verändertes Material entfällt. Der Auslandabsatz ist auch im neuen Geschäftsjahr gut geblieben, während auf dem Inlandsmarkt sich Rückgangsercheinungen bemerkbar machen.

Der Bauer mit Grammophon-Platten. In welchem Maß der kleine Mann, der sich noch heiserend bei keinem Grammophon erhellen will, von den internationalen Schallplattenkonzernen ausgebeutet wird, zeigt der Abschluß der englischen Gramophone Company. Dieser Konzern, dem auch die Electrola-Gesellschaft in Berlin-Romawes gehört, konnte schon im letzten Jahre seinen Aktionären bereits 40 Proz. Dividende zuzuschauen. Für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr wird eine enorme Dividende auf 55 Proz. (1) heraufgesetzt. Damit nicht genug, stellt der Konzern mehr als 20 Millionen Gewinne in Reserve, so daß der Reinverdienst in einem Jahr die Höhe des gesamten Aktienkapitals erreicht.

„Wohnungsbauwirtschaft und Wirtschaftlichkeit im Bau.“ Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen wird mit dem obigen Thema ihre zweite Jahresversammlung im März 1929 in Berlin abhalten und bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihre bisherige Tätigkeit ablegen. Im Zusammenhang damit soll eine große Tagung aller führenden Verbände u. a. stattfinden, die technisch oder wirtschaftlich mit dem Bauwesen zu tun haben, und wobei in mehrerlei Sitzungen verschiedener Sektionen eine gründliche Klärung und Ausprägung über die bisherigen Arbeitsergebnisse und die künftigen Aufgaben der einzelnen Fachgebiete herbeigeführt werden soll. Bei dieser zentralen Arbeitstagung wird zugleich eine Rationalisierung der Tagungswesen erreicht.

Die Getreideländereinfuhr auf dem roten Punkt? Die Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft und des Rühlgewerbes über Festlegung einheitlicher Standards für das deutsche Getreide sind schon seit November 1927 nicht mehr zum Abschluß, wobei sich allerdings der Getreidehandel nach wie vor ablehnend verhält. Es hat aber neuerdings den Anschein, als ob auch die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft nicht ganz abfälliges die Förderung der Getreideländereinfuhr zurückgelehnt hat. Jedenfalls ist durch das Rotprogramm in dieser Frage nicht ein einziger Schritt nach vornwärts getan worden.



dem Kennzeichen der echten Reichel-Essenzen. Achten Sie in dieser Woche auf das Schaufenster Ihrer Drogerie. Dort werden Sie sehen, wie Sie für halben Preis Ihre Liköre selbst machen können. Verlangen Sie auch kostenlos Dr. Reichels Rezeptbüchlein.



## Für die Gesundheit!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II  
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lötze 5366-41

# Preise: Rücksichtslos herabgesetzt!!!

Keine Reklamewaren, nur beste Qualitäten! / Vom Backfisch bis zur stärksten Figur.

## Ia Pelzmäntel

Pensioner jetzt nur	550.-	Peczaniki jetzt nur	375.-	Seal Elektrik jetzt nur	265.-
Nerzummel jetzt nur	625.-	Gazelle jetzt nur	132.-	Fantosepelz jetzt nur	150.-
Ottomane jetzt nur	19 <sup>75</sup>	engl. Charakter jetzt nur	22 <sup>50</sup>	Charmelaine jetzt nur	55.-
Fantasiemäntel jetzt nur	36.-	Modelle jetzt nur	60.-	sonst bedeutend höher	

Sealplüschmäntel	Krimmermäntel	Wollplüsch	Astrachan	Kostüme	Kleider
Garantie-Qualitäten	bewährte Fabrikate			mit und ohne Pelz	Wolle, Seide
55.- 75.- 95.-	50.- 68.- 85.-	39.- 58.- 72.-	45.- 60.- 82.-	33.- 48.- 65.-	18.- 29.- 45.-

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W<sup>50</sup>, Mohrenstraße 37a Untergrundbahnstation Friedrichstadt, Ausgang Mohrenstraße  
2. Geschäft: Berlin NO, Große Frankfurter Str. 115 an der Andreasstr.

## Sekt, eine mondäne Geschichte.

Von Erich Grisar.

Sie hatten sich gerade erst kennengelernt und lernten nun die ersten gemeinsamen Schritte zu einem jener Lokale, die ununter wieder von jungen Leuten ausgefüllt werden, um im Schutze ihrer Wände, die schon so oft Zeuge jener Torheiten wurden, die wir heute nennen, doch sie schon gar keine Notiz mehr davon nehmen, den Frühling des Lebens anzubrechen, der dem jungen Arbeiter gungst viel zu schnell verfliehet.

Der Ober kam.  
Die beiden sahen sich, so plötzlich den Realitäten des Lebens gegenüber, ein wenig verduzt an. Was trinken wir, fragte er, der tagsüber am Kassenschatz einer Bank das Geld anderer Leute zählte und überlegte in Gedanken, ob sein Geld wohl reichen würde für diesen Abend. Nun, das Mädchen, das sich ihm anvertraut, schien bescheiden und würde gewiß nichts bestellen, das über seine Kräfte ging. Sie überlegte auch nicht lange. Jung wie sie war, glaubte sie wohl auch, daß es allen Gutes gut geht, daß Bankbeamte angehende Millionäre sind und daß es ein Glück ist, vertriebt zu sein. Und mit einer Unbekümmertheit, als bestelle sie ein Glas Wasser und einen Johannisbeere, sagte sie zu dem wartenden Ober: Also, trinken wir Sekt.

Der Ober machte ein langes Gesicht und schickte einen Blick von sich oben herab. Dann knippte er seinen Mund zu und bedauerte, daß leider und so weiter... aber wenn die Herrschaften wünschen, dann er ja schon eine Flasche besorgen. Der junge Viehhändler, der schon mit Schrauben festgesteckt hatte, daß sein Kassenbestand zu einer Flasche Sekt nicht reichte, setzte auf und indem er seinem Schicksal dafür dankte, daß es ihn vor einem großen Nummer bewahrte, sagte er schnell: Na, wenn Sie keinen Sekt haben, dann bringen Sie zwei Spezial Wein. Es ist dir doch recht, fragte er dann seine Gefährtin.

Die hätte zwar gerne kein Sekt getrunken, aber ein Blick auf ein ausbleibendes Blatt belehrte sie, daß ein Glas Spezial Wein 50 Pf. kostete und für 60 Pf. mußte man doch schon etwas sehr Gutes bekommen. Denn das war ja fast soviel Geld, als zwei Flaschen Bier kosten. So lächelte sie denn nur und war sehr glücklich, obwohl ihr der Wein wirklich ein wenig sauer vorkam.

Wieder trafen die beiden sich, um gemeinsam auszugehen. Es war kurz nach dem Monatsseifen. Der junge Bankbeamte hatte sich einen Teil seines Gehaltes aufgehoben, um seiner Liebsten eine besondere Freude zu machen. Er wollte ein Lokal mit ihr besuchen, in dem Sekt serviert wurde. Er hatte sich alles genau durch den Kopf gehen lassen. Der Abend würde unerwartentlich teuer werden, aber schließlich, er liebte sie und war bereit, alles zu tun, was ihre Liebe zu ihm befähigen konnte. Schon tänzelte sie ihm entgegen, leichtfüßig hängte sie sich in seinen Arm und bummelte an seiner Seite mit ihm durch den Abend. Sie dachte längst nicht mehr an den deutschen Sekt, den sie so gerne mal getrunken hätte. Sie dachte nur noch an den Frühling und daran, daß die Liebe so süß ist. Aber schließlich kann man nicht einen ganzen Abend ohne Sekt durch die Straßen laufen, so gerne man es möchte und besonders dann nicht, wenn man etwas vorbereitet hat, zu dem einem an irgend einem anderen Tage das Geld fehlen wird. Also drängte er sie, immer dann, wenn sie in dunkle Straßen bog, stadtwärts und stand bald mit ihr vor dem Lokal, das er für diesen Abend ausgewählt. Komm, laß uns eine Flasche Sekt trinken, sagte er. Sie drückte ihm einen dankbaren Kuß auf die Lippen und trat mit ihm in das Licht des hellereudichten Eingangs.

Garberobe abgeben? Kam ein Boy fragend auf sie zu. Er nickte. Doch plötzlich bog sie ihren Mund an sein Ohr und sagte: Laß uns gehen, ich bin nicht angezogen. Es berührte ihn peinlich, sie in diese Verlegenheit gebracht zu haben, aber es war nicht zu ändern und so verließen sie beide das prunkvolle Lokal, ohne es betreten zu haben. Der Portier blinnte ihnen verächtlich nach.

So ging der Frühling. Es kam der Sommer. Wie wieder war von Sekt zwischen den beiden gesprochen worden. Sie konnten sich jetzt sehr gut, und da sie ihm jetzt alles gewährte, was eine Frau zu gewöhnen hat, war er an besonderen Ausgaben nicht mehr interessiert. Sie wieder hatte inzwischen erkannt, daß Bankbeamte alles andere als angehende Millionäre sind, sie mußte, daß sie genau so arm sind wie die, aus deren Kassen Geld und Glanz der Reichen herausgespritzt werden, und wenn sie etwa geglaubt haben Gelegenheit, die Wahrheit auch über diese Angelegenheit des Lebens zu erfahren. Aber immer noch war sie fröhlich, wie in jenen ersten Tagen, wenn auch der Ernst des Lebens ihre Fröhlichkeit überdeckte.

So kam der Tag, an dem sie Hochzeit hielten. Ein Zimmerchen für die beiden hatten die Eltern eingeräumt und auch alles andere war vorbereitet. Eben kamen sie vom Standesamt. Zu Hause warteten schon die wenigen Gäste, auf die man an einem solchen Tage nicht verzichten kann. Als sie an einem Delikatessengeschäft vorbeikamen, hat er sie, einen Augenblick zu warten.

Doch sie, die den Mann, der ihr angetraut worden, nicht sobald wieder loslassen wollte, hielt seinen Arm.

Zusammen traten sie in den Delikatessengeschäft. Was willst du denn mitnehmen, sagte sie, wir haben doch alles.

Was, wenn du es durchaus schon wissen willst, eine Flasche Sekt?

Sekt? fragte sie enttäuscht. Für wen?

Für dich.

Für mich? Ich habe nie in meinem Leben Sekt getrunken und brauche auch heute keinen Sekt.

Aber du hast doch früher...

Nichts hab' ich früher.

Aber du hast doch selbst Sekt bestellt, als wir das erstmal miteinander ausgingen.

Ja, damals. Damals wolltest du auch mal mit mir in ein Sektlokal gehen.

Weil ich dir einen Gefallen tun wollte, wo du doch gerne mal Sekt trinken wolltest. Aber wieso wolltest du überhaupt damals Sekt, wenn du noch nie welchen getrunken hattest?

Weil ich dir einen Gefallen tun wollte.

Mir einen Gefallen?

Nun ja, ich wollte dir nicht viel Unkosten machen.

Du bist gut. Keine Unkosten machen und dann bestellst du Sekt. Ausgerechnet Sekt.

Ich hatte damals gerade ein Inserat gelesen: Trinkt deutschen Sekt, es ist kein Luxus.

Aber Frau, Geliebte, Kind. Das ist doch nur ein Sekt, der den Armen die Augen verleihtern soll, daß sie den Luxus der anderen nicht sehen sollen. Für uns ist eine Flasche Bier schon ein Luxus.

Das habe ich inzwischen auch schon gemerkt und eben darum wollen wir das Geld sparen und uns was Nützliches dafür kaufen.

## Ein Besuch Rilkes bei Tolstoi.

Ein bisher unveröffentlichter Brief.

Die Bekanntschaft mit Tolstoi gehörte zu den großen Erlebnissen Rainer Maria Rilkes, und so ist die Schilderung dieser Begegnung, die im neuesten Heft des „Anschlusses“ veröffentlicht wird, ein nicht minder wertvoller Beitrag zur Psychologie des genialen Dichters als zur Kenntnis Tolstois. Rilke machte die Reise nach Rußland mit Lou Andreas-Salomé, die Tolstoi bereits näher kannte. Sie kommen im Mai 1900 nach Jasnaja Poljana, und über ihre Erlebnisse schreibt Rilke aus Jula am 20. Mai an Sofija Nikolajewna Schill:

Wir jagten mit atemlosen Glöckern bis an den Rand des Hügels heran, auf welchem die armen Hütten von Jasnaja stehen, zu einem Dorfe zusammengetrieben, aber doch ohne Zusammenhang, wie eine Herde, die traurig auf abgebrauchtem Weideland herumsteht. Gruppen von Weibern und Kindern sind nur rote, sonnige Flecken in dem gleichen Grau, das über Boden, Dächern und Mauern liegt, wie eine sehr üppige Moosart, die seit Jahrhunderten ungestört alles überwächst. Dann senkt sich die kaum erkennbare, ewig unter leeren Bläuen hinstreichende Straße, und ihr grauer Streifen gleitet sanft in ein grünes, von Wipfeln schäumendes Tal, in welchem links zwei runde, mit grünen Ruppeln überdeckte Türmchen den Eingang des alten, verwitterten Parkes bezeichnen, in dem der heimliche des einfache Haus von Jasnaja Poljana liegt. Vor diesem Tore steigen wir ab und gehen links, wie Pilger, die stille Waldstraße hinauf, bis das Haus immer weicher und länger hervortritt. Ein Diener bringt unsere Karten hinein. Und in einer Weile sehen wir hinter der Tür, im dämmrigen Vorraum des Hauses, die Gestalt des Grafen. Der älteste Sohn öffnet die Glastür und wir stehen im Flur dem Grafen gegenüber, dem greisen Mann, zu dem man immer wie ein Sohn kommt, selbst wenn man nicht unter der Gewalt seiner Väterlichkeit bleiben will. Er scheint kleiner geworden, gebeugter, weicher, und wie unabhängig von dem großen Körper erwartet das schattenlose klare Auge die Fremdlinge und prüft sie mit Absicht und segnet sie unwillkürlich mit irgendeinem ungeschickten Segen. Er entschuldigt sich und verspricht uns, von 2 Uhr ab mit uns zusammen zu sein. Wir haben es erreicht und beruhigt bleiben wir im großen Saal in der Gesellschaft des Sohnes zurück, mit ihm durchstreifen wir den weiten wilden Park und kehren nach zwei Stunden in das Haus zurück. Dort, im Vorraum, ist die Gräfin mit dem Einräumen von Büchern beschäftigt. Ungern, befremdet und ungeschicklich wendet sie sich einem Augenblick zu uns, und erklärt kurz, der Graf sei unwohl... Nun ist es ein Glück, daß wir sagen dürfen: Wir haben ihn schon gesehen. Das entlastet die Gräfin einigermassen. Sie tritt aber nicht mit uns ein, wirft im Vorraum die Bücher umher und ruft irgend jemandem

mit böser Stimme zu: „Oben erst sind wir eingezogen!...“ Dann während wir in dem kleinen Zimmer warten, kommt noch ein junge Dame an; man hört Stimmen, ein heftiges Wachen, die schwächigende Worte des alten Grafen, der bei uns entzitt, zu streut und erregt einige Fragen stellt, und uns wieder verläßt.

Sie können sich denken, daß wir in viel Angst, zu unrichtiger Stunde gekommen zu sein, in dem kleinen Zimmer zurückzubleiben. Aber nach einer Weile tritt der Graf wieder ein; diesmal vollkommen und zugewandt, aufmerksam, uns mit seinen großen Blicken umspannend. Denken Sie, er schlägt uns einen Gang durch den Park vor. Statt des gemeinsamen Essens, das wir gefürchtet und bestenfalls erhofft hatten, gibt er uns die Möglichkeit, mit ihm allein zu sein in der schönen Landschaft, durch die er die schwere Gedanken seines großen Lebens trug. Er nimmt an den Mahlzeiten nicht teil, weil er, seit zwei Tagen wieder leidend, fast nicht als Mischkaffee nimmt, und so ist dieses die Stunde, die er den anderen leicht entziehen kann, um sie uns wie ein unerwartetes Geschenk in die Hände zu legen. Wir gehen langsam die engumwachsenen langen Wege entlang in reichem Gespräch, das von großen Wärme und Bewegung empfängt. Er spricht russisch, und wo der Wind mir nicht die Worte verdeckt, verheißt ich jede Silbe. Er hat die linke Hand unter seiner Wolljacke in den Gürtel geschoben, die rechte ruht auf der Krücke des Stodes, ohne sich schmerzhaft aufzustützen, und er blüht sich von Zeit zu Zeit, um mit einer Bewegung, als wollte er eine Blume mit dem um sie stehenden Duft einzufangen, ein Kraut zu pflücken, aus der hohlen Hand trinkt er das Aroma und läßt dann im Sprechen die leere Hand schloß lassen in den vielen Ueberflus des wilden Frühlings, der dadurch nicht ärmer geworden ist. — Das Gespräch geht über alle Dinge. Aber alle Worte gehen nicht nach an ihnen vorbei, an den Außer-schleifen, sie drängen sich hinter den Dingen im Dunkel durch. Und der tiefe Wert von jedem ist nicht seine Farbe im Licht, sondern das Gefühl, daß es aus Dunkelheiten und Geheimnissen kommt, aus denen wir alle leben. Und jedesmal, wenn in dem Klange des Gesprächs das Nichtgemeinsame bemerkbar wurde, ging irgendwo ein Ausblick auf helle Hintergründe dieser Einigkeit.

Und so war der Weg ein guter Weg. Magnum im Winde wuchs die Gestalt des Grafen; der große Bart wachte, aber doch ernste, von der Einsamkeit gezeichnete Gesicht blieb ruhig, wie unberührt vom Sturm.

Wohl nachdem wir das Haus betreten, nahmen wir Abschied vom Grafen in dem Gefühl kindlichen Dankes und reich von Geschenken seines Wesens. Wir mochten niemanden mehr sehen an diesem Tage.

## Veränderlichkeit der Blutgruppen. Neue Forschungen.

Ein griechischer Arzt, Dr. Diamantopoulos von der Athener Universitätsklinik, hat festgestellt, daß die Blutgruppenzugehörigkeit einer Person durch eine schwere Infektionskrankheit geändert werden kann. So meldet eine Presse-Notiz, die, wenn sie zuverlässig ist, von allergrößter Bedeutung in juristischer Beziehung ist. Man wird sich erinnern, daß vor wenigen Wochen in Ostpreußen eine Frau zu Suchthaus verurteilt wurde, weil sie einen Mann als den Vater ihres Kindes erklärt hatte, der nach seiner Blutgruppenzugehörigkeit niemals der Vater sein konnte. Das Kind hatte die Blutgruppenzugehörigkeit B und die Mutter die Blutgruppenzugehörigkeit O; der angebl. Vater A. Aus diesem Grunde mußte ein anderer Mann mit der Blutgruppenzugehörigkeit B der Vater des Kindes sein. Die Ärzte erklärten, daß die Blutgruppenzugehörigkeit unter allen Umständen vererbt werde, und eine Änderung dieser Tatsache innerhalb des menschlichen Körpers nicht möglich ist. Folglich mußte die Frau, die das Gegenteil behauptet hatte, wegen Meineides bestraft werden.

Nun hat der griechische Arzt Diamantopoulos angeblich die Feststellung gemacht, daß im Laufe von Sphylis- oder anderen schweren Infektionskrankheiten die Blutgruppen im Menschen innerhalb weniger Wochen einer Veränderung unterliegen, so daß z. B. eine Frau, die noch wenige Wochen vorher zur Blutgruppe O gehörte, fünf Wochen später die Blutgruppe A aufweist.

Durch diese Feststellung sind die Anschauungen der Gelehrten erschüttert. Es ist also durchaus nicht die Rede von einer Unveränderlichkeit der Blutgruppen und der Vater, der heute Blutgruppe O hat, kann demnach ein Kind mit der Blutgruppenzugehörigkeit B haben, denn zurzeit, als er das Kind zeugte, kann er eine andere Blutgruppe gehabt haben, als heute. Man wird diese Forschungen des griechischen Arztes vorher in Deutschland aufs genaueste nachprüfen müssen, bevor man daran denken kann, die bisherigen feststehenden wissenschaftlichen Ergebnisse anzutasten oder umzustößeln. Sollte sich die Tatsache ergeben, daß ansteckende Krankheiten die Blutgruppen der Menschen verändern können, dann wird man fordern müssen, daß alle Prozesse, die auf dieser umstößlichen These aufgebaut worden sind, eine Revision erfahren. Denn ebenso gut, wie eine schwere Erkrankung die Blutgruppenzugehörigkeit ändern kann, ohne daß wir bisher eine Ahnung davon hatten, können andere, bisher noch unbekannte Ursachen für ähnliche Erscheinungen geltend gemacht werden. Bisher ist wohl noch niemals ein Mensch von seiner Geburt bis zum Tode auf seine Blutgruppenzugehörigkeit dauernd untersucht worden. Es ist darum auch etwas gewagt, zu behaupten, daß sich niemals die Blutgruppenzugehörigkeit ändert.

## Der einsame Forscher in der Taiga.

Im Sommer 1908 fiel in der nordibirischen Taiga ein Meteorstein nieder. Die primitiven Einwohner erzählten von einem Feuerstein, der vom Himmel gefallen sei, den Wald in Brand gesetzt und die Tiere verheert habe. Die russische Akademie der Wissenschaften schenkte dem Fall damals wenig Aufmerksamkeit. Ein Gelehrter, Prof. L. Kulik, jetzt Leiter des Mineralogischen Museums in Semirad, beschloß, an Ort und Stelle Nachforschungen anzustellen. Der Meteor liegt in einer schwer zugänglichen Gegend, tausend Kilometer von einer Eisenbahnstation entfernt in der Nähe der Siedlung Banowara, einem Gebiet, das von den zahlreichen

Nebenschlägen der Katanga häufig überschwemmt wird. Kulik erhielt von der Akademie 3000 Rubel für die Organisation seiner Expedition. Diese Summe reichte selbstverständlich nicht aus. Kulik unternahm daher eine Vorrausreise durch ganz Rußland, um auf diese Weise die erforderlichen Geldsummen zusammenzubringen. Im Sommer 1927 verließ der Gelehrte mit zwei Gehilfen die sibirische Stadt Krasnojarsk. Die Strapazen der Reise waren groß. Der Gelehrte war häufig gezwungen, das schwer beladene Boot von einem Fluß über das wellige Gelände zum andern zu schleppen. In Begleitung von Tungusen gelangte der Gelehrte endlich an die Stelle, wo der Meteor gefallen war. Kulik machte eine genaue Aufnahme der Gegend und kehrte nach Krasnojarsk zurück. In Leningrad stellte sich heraus, daß die Akademie der Wissenschaften nicht in der Lage war, eine zweite Expedition zu finanzieren. Kulik wandte sich daher an den Rat der Volkskommissare, der ihm 5000 Rubel bewilligte. Mit den nötigen Instrumenten ausgerüstet, begab sich der Gelehrte zum zweitenmal in die Taiga. Die Mitbringer der Expedition gedachten, sich in der Taiga mit Wurzeln, Fischen und Beeren zu ernähren, und hatten deshalb nur ungenügend Konserve mit sich. Sie hatten sich getäuscht. Die fürchterliche Dürre des vorangehenden Sommers hatte die Wälder und Beeren vernichtet. In den ausgestreckten Flächen gab es keine Fische. Die Teilnehmer der Expedition kehrten daher nach Banowara zurück; Kulik selbst wollte unter seinen Umständen seine Arbeit unterbrechen und entschied sich daher, allein in der Taiga zu bleiben. Der Gelehrte, dem nur ein geringer Vorrat von Lebensmitteln zur Verfügung steht, lebt jetzt vollkommen allein im Urwald und wartet auf die Hilfeexpedition, die ihm das sibirische Exekutivkomitee versprochen hat, als es von der Lage des Gelehrten erfährt.

## Altäre aus Menschenknochen.

Menschliche Gebeine sind gewiß ein merkwürdiger Schmuck für eine Stätte der Gottesverehrung, aber es scheint, daß schon in vorgeschichtlichen Zeiten die Menschen Knochen vor ihren Altären aufhäufelten, die wahrscheinlich von Menschenopfern herrührten, die den Göttern dargebracht wurden. Noch heute gibt es Erinnerungen an diesen uralten Brauch. So ist die Allerheiligstengrotte in dem Hochschwarzwaldischen Ort Söbelen, der etwa 60 Kilometer östlich von Prag liegt, das Ziel vieler Reisenden, die hier die merkwürdige Ausschmückung des Altars besichtigen. Der Altar dieses aus dem 12. Jahrhundert stammenden Gotteshauses ist mit Leinwandbeleg geschmückt, und große Mengen von menschlichen Knochen sind hier aufgehäuft, die in ihrer symmetrischen Anordnung deutlich die Absicht verraten, damit eine Herde zu schaffen. Leidenschaftliche Andenkensammler haben der Verletzung nicht widerstehen können, einige dieser düsteren Reliquien mitzunehmen, und so ist die Kirche jetzt unter strenger Bewachung gestellt, um einen berüchtigten Raub zu verhindern. Eine ähnliche Schmuckstück ist das „Beinhaus“ von Raters, das sich in der Nähe der schweizerischen Stadt Brieg an der italienisch-schweizerischen Grenze befindet. Die Schädel- und Beckenknochen zahlreicher Toter sind hier sorgfältig aufgehäuft, und manche Schädel sind mit Händen umwunden, die an der Seite große Schellen haben. Es gibt auch noch andere solche Beinhäuser in Europa, so z. B. das bei der Kirche von Hoffstatt, in dem die Überreste aus den Gräbern des alten Kirchhofes gesammelt sind. So all diese Stätten von Reisenden viel besucht werden, die sich gern einen grusigen Eindruck verschaffen, so hat man behauptet, daß manche dieser merkwürdigen Anlagen weniger durch uralte Heberlieferung, als durch den Wunsch, den Fremdenverkehr zu heben, hervorgerufen worden sind.

